

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 4. März 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis halbjährlich: 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Die tödlichen Unglücksfälle in Preußen.

Seit dem Jahre 1860 wird in Preußen der Statistik der tödlichen Unfälle besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Abgesehen von der Erhebung der Todesurachen durch die Standesbeamten wird durch die Ortspolizeibehörden eine besondere Erhebung über die tödlichen Unfälle veranlaßt. Waren diese besonderen Erhebungen anfangs sehr unvollständig, so ist die Statistik im Laufe der Jahre doch immer zuverlässiger geworden. Nimmt man jetzt eine Zergliederung der Gesamtziffer der tödlichen Unglücksfälle vor, so zeigt sich in grellen Farben, wie die socialen Zustände innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft wirken. Tausende von Kindern kommen um, weil die Mütter der Erwerbsarbeit nachgehen und sich im Existenzkampfe sorgen müssen, Tausende blühender Menschenleben gehen plötzlich und unfeindlich zu Grunde in dem Drängen und Jagen um das tägliche Brot und jede gesteigerte Produktivität in Landwirtschaft oder Industrie zieht ihre blutige Spur durch das Volksleben, wird mit der Vernichtung zahlloser Existenzen bezahlt.

In dem „Centralblatt für allgemeine Gesundheitspflege“ bringt Dr. Fr. Prinzling eine lehrreiche und übersichtliche Darstellung des Zahlenmaterials über die tödlichen Unglücksfälle in Preußen. Prinzling berechnet, daß in den Jahren 1894—97 in Preußen durchschnittlich pro Jahr 9655 tödliche Unglücksfälle beim männlichen, 2461 beim weiblichen Geschlechte, zusammen 12116 tödliche Unfälle zur Kenntnis der Behörde kamen. Bis 1895 hatte die Zahl im Verhältnis zur Bevölkerung abgenommen, abdam kam die Steigerung. Prinzling erklärt dies daraus, daß zunächst die Einführung der Unfallversicherung zahlreiche Vorkehrungen gegen Unfälle zur Folge gehabt hat. Dann kam infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs die große Entwicklung von Industrie und Verkehrswesen, welche eine Vermehrung der tödlichen Unfälle hervorrief. Scheidet man Nord und Ostschlesien aus, so kommen auf je 100 000 Einwohner in Preußen tödliche Unfälle 1891—95: 60,2 männlich, 14,7 weiblich; 1896—1900 dagegen 64,1 männlich, 15,2 weiblich.

In den einzelnen preussischen Provinzen ist die Unfallhäufigkeit sehr verschieden groß und man bemerkt sowohl in Bezug auf das Alter der durch Unfall Getödteten als der Art der tödlichen Unfälle an sich, deutlich den Einfluß der Produktionsweise. So ist die Zahl der Unfälle im Kindesalter in den östlichen Provinzen Preußens, vor allem in Ost- und Westpreußen, ferner in Schleswig und Hannover größer als in Sachsen, Westfalen, Rheinland und Hessen-Nassau. Es kamen auf je 100 000 Lebende jeden Geschlechts tödliche Unfälle von weniger als 15-jährigen, in

	männlichen	weibl. Geschlechts
Ostpreußen	57,2	28,3
Westpreußen	54,9	20,6
Pommern	42,2	22,6
Posen	44,0	24,0
Schlesien	42,8	25,3
Schleswig-Holstein	47,0	23,8

In den übrigen preussischen Provinzen, wie auch in Berlin sind diese Zahlen erheblich niedriger. Ohne Zweifel spielt die Erwerbsarbeit der Kinder eine große Rolle und Prinzling folgert, daß die Verwendung der Kinder bei landwirtschaftlichen Arbeiten eine Vermehrung der Zahl der Unfälle im Kindesalter mit sich bringe. Angesichts dieser Feststellung ist es gut, sich an die Wutankfälle zu erinnern, welche die preussischen Junker bekamen, als beim Kinderarbeit-Gesetz die Socialdemokratie den Versuch machte, die wehrlosen Landarbeiter-Kinder der schändlichen Ausbeutung der Eltern und Besten zu entreißen. Je patriarchalischer die junkerliche Ausbeutung, je strupeloser der kapitalistische Kindermord in der Landwirtschaft.

Ganz anders wird jedoch die Reihenfolge der Provinzen bezüglich der Häufigkeit der tödlichen Unfälle der Erwachsenen. Am häufigsten sind diese tödlichen Unfälle in Westfalen und Schlesien, in der letzteren Provinz insbesondere im Regierungsbezirk Oppeln. Es hängt dies offensichtlich mit dem hohen Ausbeutungsgrade der Arbeiter im Bergbau zusammen. Für die christlichen und patriotischen Grundbesitzer steht die Dividende höher als das Menschenleben der Bergarbeiter. Das ist nie anders gewesen und besteht auch heute noch fort. 1895 kamen auf je 100 000 männliche Personen über 15 Jahre in Preußen 78,8 tödliche Unfälle, auf je 100 000 preussische Bergleute entfielen im gleichen Jahre 222,9 tödliche Unfälle. Im Jahre 1900 gehörten von je 100 männlichen Berufstätigen in Preußen zum Bergbau, Hütten- und Salinenwesen: in Westfalen 37,8, im Rheinland 16,9, in Schlesien 17,3 und in der Provinz Sachsen 8,8.

Je nach dem Lebensalter ist die Ursache der tödlichen Unfälle sehr verschieden. Im erwerbsfähigen Alter, wenn sich die kapitalistische Produktion gierig der Arbeitskraft bemächtigt, sind die gewerblichen tödlichen Unfälle sehr häufig. In erschreckend häufiger Weise findet das weibliche Geschlecht durch Verbrennen und Verbrühen den Tod, während dies beim männlichen Geschlechte nur in frühesten Kindheit häufiger der Fall ist. In mehr als der Hälfte der Fälle ist bei Knaben im Alter von 5—15 Jahren das Ertrinken die Ursache der tödlichen Verunglückung. Was die tödliche Verunglückung der Kinder im 1. Lebensjahre anbelangt, so gehen in Preußen die Städte voran. Auch Prinzling erklärt diese Thatsache daraus, daß die kleinen Kinder daselbst oft ohne Aufsicht gelassen werden, wenn die Mutter dem Erwerb nachgeht! Unter den 27,5 männlichen und 28,8 weiblichen Säuglingen, die unter je 100 000 Lebenden nach Prinzlings Aufstellung in den Städten Preußens einen plötzlichen Tod

durch Unglücksfall fanden, befinden sich gewiß zumeist Proletariatskinder. So verschieden die Ursache des tödlichen Unfalls sein mag, es ist zumeist die Arbeiterin, die blutenden Herzens ihr hilfloses Kind allein oder fremder Pflege lassen muß, um sich im Daseinskampfe ihr Brot zu verdienen, wobei es dann nur zu oft vorlommt, daß das Kind durch Verbrennen, Ertrinken, Ertrinken, Sturz usw. einen plötzlichen schrecklichen Tod findet.

Von Interesse ist weiter noch die Feststellung Dr. Prinzlings, daß in Preußen die Ledigen weit häufiger tödliche Unfälle erleiden als Verheiratete. G. v. Kayser hat die gleiche Feststellung gemacht. Dr. Prinzling erklärt die Thatsache damit, daß die Ledigen mehr zu den gefährlichen Arbeiten herangezogen werden, sowie auch, daß die Verheirateten vorsichtiger zu Werke gehen, daß sie weniger häufig in der Trunkenheit verunglücken. Jedenfalls hat auch hierbei die kapitalistische Ausbeutung ihr Anteil. Den jungen und kräftigen Arbeiter beschäftigt der Unternehmer eben lieber, während er den verheirateten und zumal den älteren nicht ohne Not annimmt.

Die tödlichen Unfälle sind auf dem Lande erheblich häufiger als in den Städten, mit Ausnahme des ersten Lebensjahres und der höchsten Altersklassen, in welchen das Umgekehrte der Fall ist.

Aus seiner ganzen Darstellung zieht Prinzling den Schluß, daß, außer der Unfallversicherung in den Fabriken, auf dem Gebiet der Unfallversicherung überhaupt noch sehr viel zu thun übrig bleibe. Daß dies auch unser Standpunkt ist, brauchen wir nicht erst besonders zu betonen. Die große Zahl der tödlichen Unfälle speciell in Preußen sind eine Folge des hastigen, erregten, unruhigen Charakters, den die kapitalistische Produktion in ihrem Fortschreiten unserer ganzen Existenz gegeben hat. Die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit wird daher neben den Unfallversicherungs-Maßregeln ganz wesentlich dazu beitragen, die gefährlichsten Menschenopfer zu verringern, die alljährlich aus den Reihen von Jung und Alt dem kapitalistischen Produktionsystem gebracht werden müssen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. März.

Reichstag.

Der „Ehrensold der bedürftigen Veteranen“ — 120 M. jährlich in deutscher Reichswährung — kam am Dienstag beim Etat des Invalidenfonds wieder einmal ausgiebig zur Erörterung. Bei weitem nicht alle Veteranen sind so glücklich, selbst wenn sie den Berechtigungschein in der Tasche haben, wirklich in den Besitz dieser Summe zu gelangen. Die 324 000 M., die in den Etat für 1903 für die unterstützungsberechtigten Kriegsteilnehmer eingesetzt sind, reichen lange nicht aus. Das wurde von allen Seiten zugegeben. Aber was thun? Der Schatzsekretär hat zugehörigste Taschen, und der Invalidenfonds, der aus der französischen Kriegsschädigung gebildet ist und aus dem dieser Ehrensold geschöpft wird, steht vor dem Bankrott. Da haben die Steuerprojektentwerfer freies Spiel. Von der Wehrsteuer war wieder viel die Rede, für die der in militärischen Dingen besonders zuständige Herr Dr. Krenndt säwärmt. Als weiterer Anhänger meldeten sich Prinz Schönau-Carolath, der Antifemil Berner und in etwas bedingter Form auch der Centrums-Abgeordnete Kirsch. Schatzsekretär Freiherr v. Thielmann dagegen steht dem Gedanken recht festlich gegenüber, und zwar weil die Wehrsteuer in Frankreich und Oesterreich, wo sie besteht, sehr geringe Erträge liefert. Neben der Wehrsteuer wurde die Vorlage des längst angekündigten Militär-Pensionsgesetzes energig gefördert.

Nach dem Etat des Invalidenfonds, der unverändert genehmigt wurde, kam der Etat des Reichs-Eisenbahnamts an die Reihe. Dieses Amt, dessen Aufsichtsbefugnisse eine reine Deloration sind, da alle wirkliche Macht bei den Eisenbahnministerien der Einzelstaaten, in der Hauptsache aber bei Preußen liegt, gab auch in diesem Jahre Anlaß zu einer ausgedehnten Eisenbahndebatte. Das ist schließlich noch das einzige Gute bei diesem Amt, daß das preussische Abgeordnetenhaus nicht das alleinige Forum bei diesen Fragen bildet. Es war selbstverständlich, daß alle die Fragen, die vor kurzem erst dort erörtert sind, hier wieder angeschnitten wurden: die Reform der Personentaxe, der Posttarif, die Fürsorge für die Angestellten, das Organisationsrecht der Eisenbahner, die brüske Verweigerung einer wissenschaftlichen Enquete über ihre Lage usw. Von seiner Gegnerschaft gegen das Koalitionsrecht der Eisenbahner legte als erster Herr Professor Haffke Zeugnis ab und gab damit Herrn Schulz vom Reichs-Eisenbahnamt Gelegenheit, sich, wenn auch in der Form zurückhaltender, doch dem Sinne nach ganz so wie sein preussischer Minister Rudde über das Koalitionsrecht des Reichs-Eisenbahnamtes durch ihren Verfall. Herr v. Kardorff citierte den Streik der holländischen Eisenbahner als „warmendes Exempel“. Er regte die Einführung einer Fahrkarten-Steuer an, einen Gedanken, den der freisinnige Dr. Müller-Reinigen sofort als wertvolles Material gegen die Konservativen festnagelte.

Für unsere Partei sprachen Stolte und Jubel. Stolte wies auf den Zusammenhang zwischen der langen Arbeitszeit des Eisenbahnpersonals und der steigenden Unfallgefahr hin, der sie ausgesetzt sind. Er stellte für die Berliner Direktion die unerhörte Thatsache fest, daß in einem Jahre innerhalb ihres Bezirkes mehr als 2000 Angestellte zu Krüppeln geworden sind. Lebhaft trat unser Redner für das Koalitionsrecht der Eisenbahner ein und verurteilte die Rudde'sche Schneidigkeit, wie sie sich im preussischen Abgeordnetenhaus breit macht und bis zum Verbot

des Beitritts zu den Konsumvereinen für die Angestellten steigern durfte. Seine Kritik galt dann weiter den schlechten Unterkunfts-räumen für das Fahrpersonal, der sächsischen Tarifreform und dem freundlich-nachbarlichen Eisenbahnkriege zwischen Preußen und Sachsen. Während Herr Schrader von der freisinnigen Vereinigung das Koalitionsrecht der Eisenbahner verteidigte, folgte Graf Limburg-Sturum den Spuren des Herrn v. Kardorff. Er gönnt allen Staatsarbeitern die Koalitionsfreiheit mit dem Galgen sofortiger Entlassung daneben und heuchelte große Furcht vor einem Generalstreik. Ihm gab Genosse Jubel die entsprechende Antwort.

Am Mittwoch geht die Debatte weiter.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Dienstag die zweite Beratung des Etats der Bauverwaltung fort. Zu einer lebhaften Debatte führte die von der Regierung geforderte Anstellung eines zweiten Unterstaatssekretärs. Die Budgetkommission hat diese Position gestrichen und die Konservativen im Verein mit dem Centrum gaben sich die erdenklichste Mühe, auch im Plenum die Streichung durchzusetzen. Der Grund dafür ist darin zu erblicken, daß die konservativ-kerikale Mehrheit schon seit Jahren eine Loslösung der Wasserbau-Abteilung vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten und seine Unterstellung unter das Ministerium für Landwirtschaft anstrebt, und daß sie in der Bewilligung eines neuen Unterstaatssekretärs eine Vereitelung ihres Planes wittert. Zweifellos sind die Konservativen im Recht, wenn sie von ihrer parlamentarischen Machtposition der Regierung gegenüber Gebrauch machen. Wir können uns nicht der Ansicht des freisinnigen Abg. Dr. Barth anschließen, daß die Organisation der Ministerien Sache der Exekutive ist. Die Schaffung einer neuen Stelle ist mit Geldkosten verknüpft, und deshalb hat der Landtag ein Wort mitzureden. Andererseits aber darf nicht vergessen werden, welches Geschrei dieselben Konservativen vor Jahren ausstimmten, als der Reichstag einen dritten Direktor im auswärtigen Amt ablehnte. All das, was sie damals dem Reichstage vorwarfen, verübten sie jetzt selbst. Die Konservativen huldigen auch hier wieder dem Grundgag: Wenn zwei daselbe thun, so ist es nicht daselbe. Die Regierungsforderung wurde übrigens vom Hause mit sehr schwacher Mehrheit bewilligt, die konservativ-kerikale „Mehrheit“ bildebe zufällig die Minderheit. Und das trotz der Dämon!

Die weitere Debatte war belanglos. Am Mittwoch wird die Beratung des Etats der Bauverwaltung fortgesetzt. Voraussichtlich kommt dann auch der Antrag Dr. Hirsch (fr. Sp.) u. Gen. betr. den Bauarbeiter-Schutz zur Erledigung.

Der Kampf in Holland.

Unser Amsterdamer Korrespondent meldet uns vom 1. März:

Die Protestversammlungen nehmen ihren Fortgang und sind äußerst stark besucht. So sprach Genosse J. S. Schaper, Abgeordneter zur zweiten Kammer, in einem von 800 Personen abgehaltenen Meeting Sonntag in Groningen. Scharf kritisierte er die Mitteilungen vom Minister Knippen vom letzten Mittwoch in der zweiten Kammer und sagte in der Debatte u. a.: „Wir (die socialdemokratische Gruppe in der zweiten Kammer) werden thun, was wir können“. In Alm wegen sprach Genosse van der Goes auf Einladung von 15 Gewerkschaften. Es wies darauf hin, daß die herrschende Klasse durch die Einberufung der zwei Aufgebote tausende unmütigerweise aus ihrer Arbeit herausgerissen wurden und das Geld der Steuerzahler vergeblich habe.

In Haarlem, wo Troelstra, Mendels und Ammerlaan sprachen, war die Versammlung von 1000 Personen besucht. Genosse Troelstra wies auf die Zustände in der heutigen Gesellschaft hin, vornehmlich auf die Mißstände bei den Eisenbahn-Gesellschaften. Die von der Regierung vorgeschlagene Enquete sei eine Folge des Januar-Streiks und beweiße, daß dieser nötig und nützlich gewesen sei. „Haltet die Waffe des Streiks“, sagte er, als unantastbar fest, — verteidigt Euch bis zum äußersten.

In allen Versammlungen wurden scharfe Protestbeschlüsse gegen die Zwangsgehalte angenommen.

In den Garnisonsplätzen wird den Militärsoldaten verboten, unsere Versammlungen zu besuchen. Die Straßen, wo die Versammlungslokale liegen, werden durch Militär besetzt, welches ihre Kameraden vom Besuche abzuhalten hat. In Haarlem ist den Milizen selbst verboten, ein von der Haarlemer Arbeiterschaft viel besuchtes Café, wo auch keine Versammlungen abgehalten werden, zu besuchen, wahrscheinlich auch weil der Bund von Milizen und Alt-Milizen dort seine Sitzungen hielt.

Auch in Windehoten sind zwei Arbeiter, der Ladungsmeister de Rys und der Kondukteur van der Wolen, aus dem Dienst entlassen worden, weil sie in Nieuw-Weerta ein Manifest vertrieben. „Het Volk“ teilt mit, daß Genosse van der Goes gerichtlich verfolgt wird unter der Vermutung, von „mündlicher Anstiftung in der Öffentlichkeit zu einer strafbaren That“. Er ist für morgen vor Gericht geladen.

Ferner meldet man unsrem Blatte aus dem Haag, daß Geheim- und andre Polizisten in der Uniform von Gendarmen und Jägern in den Straßen der Stadt herumgehen in der Hoffnung, Leute protokollieren zu können, welche anti-militaristische Flugblätter ausgeben.

Wie die Blätter berichten, hat das Komitee zur Sicherung des Dienstes im Falle eines Streiks — also das Streikbrecher-Komitee — in ganzen 67 Maschinen aufzutreiben genaut, die sich nicht schämen, ihren Kameraden in den Rücken zu fallen.

Das Amsterdamer Verteidigungskomitee, das sich, wie bereits gemeldet, Sonntagabend konstituierte, hält nächsten Mittwochabend

im größten Saale Amsterdams, dem Paleis van Volkshof, der ungefähr 1000 Personen faßt, ein Niesenmeeting ab zur Verbreitung des Protestes gegen die Pläne der Regierung.

„Die ‚Het Volk‘ vernimmt, wurden Sonnabend einige Militär-Eskadren vom 4. Bataillon, 3. Compagnie, nach Hoorn versetzt, weil sie socialistische Propaganda betrieben. Die andern Compagnien wurden beordert, strenge Aufsicht auszuüben.“

Der Generaldirektor der Post und Telegraphie (General-Postmeister) hat eine Dienstorder erlassen an alle bei dem Post- und Telegraphenwesen in Dienst stehenden, worin in den augenblicklichen schweren Verhältnissen alle Beamten ermahnt werden, mit dem größten Eifer und vollkommener Treue ihre Pflicht zu thun nach den Befehlen ihrer Vorgesetzten. Sie sollen sich fernhalten von allen „Wählerereien“.

Also auch hier fürchtet man die Solidarität des Beamtenpersonals mit den Kameraden aus der übrigen Arbeiterschaft!

„Sollten Beamte oder kleinere Beamte,“ fährt der Erlass fort, „bestehen, welche sich nicht fügen können, so wird ihnen anempfohlen, Entlassung aus dem Dienst nachzusuchen.“

Eigentümlich scheint diese famose Dienstorder die Tatsache zu illustrieren, daß man seit einigen Tagen in Amsterdam z. B. beinahe keine Postboten mehr in Uniform sieht, sondern beinahe nur „Kushiff“-Personal ohne Uniform.

Ein Zeitungsbericht sagt, daß der Prinz der Niederlande, der Prinzgemahl der Königin also, die Absicht habe, nächsten Freitag einer Versammlung des Vereins für Kriegswissenschaften beizuwohnen, wo ein Vortrag gehalten werden soll über „Zusammenwirkung zwischen See- und Landmacht sowohl in Friedens- als Kriegszeit“.

Ein scheinbar offiziöser Bericht, der zu denken giebt. —

Ueber die geheime Anweisung, die den Chefs der Eisenbahnstationen übergeben wurde, berichtet die Zeitung „De Seinger“ auf Grund zuverlässiger Mitteilungen noch folgende Einzelheiten: In den Stationsgebäuden soll im Falle eines allgemeinen Streiks in der Regel nur ein Zugang eröffnet sein, die übrigen sollen geschlossen und bewacht werden. Das Publikum soll nur zu den Warteflächen und Perrons zugelassen werden und nur soweit es mit für die betreffenden Güter gütigen Willens versehen ist. Personkarten sollen nicht ausgegeben werden. Erst kurz vor Abgang der Züge soll das Publikum zu den Perrons zugelassen werden. Wer nicht mit dem Zuge abfährt, für den sein Billet gilt, muß den Perron wieder verlassen. Der Stationschef soll mit der größten Strenge gegen Zusammenrottungen von Eisenbahnangestellten oder andern Personen auf den Stationen und den daran grenzenden Gebieten vorgehen und sie, wenn nötig, mit Hilfe von Militär und Polizei auseinanderreiben.

Die Organisation der Militärsoldaten. Am Sonntag wurde zu Haag im Abstinenzler-Café eine Abteilung des Verbandes der Militärs und Alt-Militärs gegründet. Der Saal war voll besetzt, trotzdem das ganze Lokal von Militär bewacht war, um die Militärsoldaten in Uniform vom Besuch der Versammlung abzuhalten. In den Vorstand der neuen Abteilung wurden Genosse Ter Laan und vier andre Parteigenossen gewählt. Die neue Abteilung hat sich dem lokalen Verteidigungslomitee angeschlossen.

Frankfurt a. M., 3. März. Der „Frankf. Jtg.“ wird aus Amsterdam depechiert: Die Staatsbahnen haben mehrere Arbeiter entlassen, die sich an der Agitation beteiligt haben. In Enschede erklärten sich die meisten Eisenbahnarbeiter für den Streik. Die hiesigen Cigarrenarbeiter werden nicht in den Streik eintreten, da sie sich nicht in die Politik mischen wollen. (.)

Haag, 3. März. (B. L. V.) Heute vormittag hat in den Bureaus der Zweiten Kammer die Prüfung der drei mit dem letzten Ausstand der Eisenbahnangestellten zusammenhängenden Gesetzesentwürfe begonnen. Die Bureaus wählten zu Referenten zwei Antirevolutionäre, einen Katholiken, einen Liberalen und einen Demokraten.

Ein Socialdemokrat Bürgermeister von Kopenhagen. Wie zu erwarten war, ist unser Parteigenosse J. Jensen, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der Gewerkschaften Dänemarks, am Montag zum Finanzbürgermeister Kopenhagens gewählt worden. Die Wahl erfolgte, wie uns ein Telegramm meldet, mit 19 gegen 15 Stimmen. Damit ist ein Mann an die Spitze der Verwaltung der dänischen Hauptstadt berufen worden, der früher Malergeselle war, also aus der Arbeiterschaft hervorgegangen ist, und nun seit Jahren als oberster Leiter der Gewerkschaften sowie als socialdemokratischer Volksbildungs-Abgeordneter für die Interessen der Arbeiterschaft kämpft. Die Arbeiter Kopenhagens haben dieses Ereignis durch einen Fackelzug gefeiert, der sich vom Rathaus aus über die Boulevards nach „Socialdemokraten“-Gebäude in der Korre Narimagsgade bewegte und von dort nach dem alten Volkshause in der Rönnersgade. Das Haus war illuminiert, ebenso die drei andern Volkshäuser am Jagtvej, Kløvermarkvej und Engbavevej.

Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, diesen Tag zu feiern. Zwar bricht mit der Wahl Jensens nicht das socialdemokratische Zeitalter für Kopenhagen an, und das ist selbstverständlich, denn die Machtbefugnisse eines Bürgermeisters der dänischen Hauptstadt sind sehr beschränkt, aber daß ein Socialdemokrat als oberster Verwaltungsbeamter gewählt wurde, ein Arbeiter, das ist ein so bedeutendes Zeichen für den Siegeszug der Arbeiterklasse, daß eine Feier wohl am Platze ist.

Die Befürchtung, daß der neue Bürgermeister von der Regierung nicht bestätigt werden könne, erscheint unberechtigt. Das wäre jedenfalls ein gewagtes Stück für eine radikale Regierung, die selbst — was man früher auch nie für möglich gehalten hätte — einen willkürlichen Bauern in ihrer Mitte hat. Es erscheint darum schon als etwas Selbstverständliches, daß das socialdemokratische Kopenhagen einen Arbeiter an der Spitze der Verwaltung hat. —

Die fünfundsingzigjährige Jubiläumfeier der Papp-Krönung ist heute in Rom mit großem Pomp und unter gewaltigen Zulauf begangen worden. Auf die Entfaltung ungewöhnlicher, die schaulustigen Massen faszinierender Pracht versteht sich die katholische Kirche besser noch als irgend eine weltliche Autorität. Wenn schon bei uns in Deutschland die Firmungsdiebstahl eines Bischofs den Charakter eines Triumphzuges annimmt, so kann man sich denken, daß an Prachtaufwand mit der römischen Krönungsfeier höchstens die indische Krönungsfeier im Januar dieses Jahres in Konkurrenz treten dürfte. Die Nachfolger des Stiefers des Christentums, der nicht hatte, wozu er sein Haupt legen konnte, denken über den irdischen Glanz wesentlich anders als der Zimmermannssohn aus Nazareth.

Noch in anderer Hinsicht läßt sich ein Vergleich ziehen zwischen der Krönungsfeier in Rom und in Indien. Hier wie dort glänzender Prunk und glänzende Nichtigkeit. Es wäre sehr falsch, die Macht und den Einfluß des katholischen Klerus unterschätzen zu wollen, aber das Krönungsjubiläum ist darum doch nichts andres, als ein hohles Schaupräparat. Die Macht der Kirche stützt sich auf ihre ungeheuren materiellen Machtmittel, auf die brillante Organisation ihrer Hierarchie, auf die Rückständigkeit der von ihr beherrschten Massen. Aber von der heutigen Krönungsfeier durchdringt kein Strom verjüngenden

Lebens den viele Jahrhunderte alten Kiesenbau des Merkantilismus. Wie die indische Krönungsfeier trotz all ihres Pompes das in seinen Fugen sich bereits lösende britische Empire nicht um einen Tag länger zu stützen vermag, so wird auch der römische Jubiläumspomp das Leben der römischen Hierarchie nicht um eine Stunde verlängern. Allerdings sind es andre Mächte, die der verderblichen Herrschaft Roms ihr sicheres Ende bereiten. Die politischen Mächte, der Kapitalismus, die Bourgeoisie haben im allgemeinen ihren Frieden mit Rom geschlossen. Mag die französische Bourgeoisie in ihrer Wehrheit auch gegen die Annahmen des Klerus einen Kulturkampf kämpfen, in den andern Ländern erblickt man in der katholischen Kirche nur den willkommenen Waffenbruder gegen das um seine Emancipation kämpfende Proletariat. Die geistige Kulturkampf-Debatte im preussischen Abgeordnetenhaus beweist das. Enstliche Erstarrung ihrer Machtstellung droht der Kirche deshalb nur vom Proletariat, das die Kirche als gefährlichen Hort der Reaktion bekämpft.

Vergebens versucht die ultramontane Presse das Papsttum mit socialen Nimbus zu umkleiden, um den Jubiläumspomp auch den proletarischen Elementen verständlicher erscheinen zu lassen. Vergebens fiert z. B. die „Römische Volks-Zeitung“ das Papsttum als sociale Institution, preist sie den Papst als socialen und Friedenspapst. Gerade die socialen Encycliken des Papstes beweisen nur die veraltet patriarchalischen Anschauungen des höchsten kirchlichen Würdenträgers und seiner Berater. Da, wo der Klerus am mächtigsten ist, wo der Einfluß des Papstes am weitesten reicht, ist das sociale Elend am größten: in Italien, Spanien und Belgien. Und nicht minder unbedeutend ist der Titel des „Friedens“-Papstes. Wann hätte der Papst und die Kirche jemals energische Stellung gegen den Krieg im allgemeinen und irgendwelche Kriege im besonderen genommen?

Mag sich die Kirche noch einmal in all ihrem Glanze sonnen, die Tage ihrer Macht sind gezählt. Der Socialismus rückt unaufhaltbar vor. —

Deutsches Reich.

Bändler-Geheimnisse.

Am Montag veranstalteten die Bändler in Magdeburg ihre Parade für die Provinz Sachsen. Da gab es die üblichen Reden der Wangenheim und Hahn. Aber es gab noch einige Kleinigkeiten darüber hinaus. Herr v. Wangenheim sprach über die Vorbereitungen des Zolltarifs und machte dabei eine Mitteilung, von der er selbst sagte, daß sie bisher Geheimnis gewesen sei:

„Man hatte sich im Wirtschaftlichen Ausschuss so schön geeinigt und zwar auf Säge von 6,50 M. und 6 M., leidlich hohe Viehzölle und annehmbare Zölle auf andre für uns wichtige Produkte. Auch die Regierung hatte dem zugestimmt. Allein die Arbeit war für den Papierkorb; obwohl von der allerhöchsten Stelle erklärt worden war: „Es wird schon gemacht werden“, lagen wir nachher doch wieder drin in der Patsche. Die Parole war plötzlich eine ganz andre geworden.“

Recht glaubwürdig ist dies neueste „Geheimnis“ des Herrn v. Wangenheim nicht, schon deshalb nicht, weil man weiß, daß der Kaiser sich überhaupt um die trockene Zollgeschichte nicht besonders gekümmert hat.

Herr v. Wangenheim hatte noch eine weitere „Enthüllung“.

Ueber die künftigen Handelsvertrags-Verhandlungen sagte er:

„Die ich aus zuverlässigster Quelle weiß, sind die Viehzölle als Kompensationsobjekte an Rußland auszuweisen. Bei den Getreidezöllen, die gebunden, sind keine Konzessionen möglich und an den Industriezöllen hat Rußland kein Interesse.“

Damit aber die Viehzüchtenden Bauern durch diese unangenehmen Ausichten nicht etwa zu Vorwürfen gegen die Bändler veranlaßt werden könnten, erklärte der Bundesoberst weiter:

„Man sagt Ihnen immer, wir hätten nichts für Euch. Das ist falsch. Freisinnige und Socialdemokraten haben uns einfach verhindert, die Viehzölle zu binden, jetzt aber drehen sie den Spieß um und sagen: Seht, die Agrarier haben ihre Getreidezölle ins Trockene gebracht und Euch kleine Bauern läßt man im Stich. Dieses Argument wollen Sie sich für die Wahlen merken und überall anmengen.“

Leider bleibt dieses Argument aber dennoch richtig. Wenn, was allerdings wahrscheinlich ist, die Viehzölle in den Vertragsverhandlungen in erster Linie als Handelsobjekt benutzt werden, so ist das die Schuld derjenigen, die den Zolltarif durchgeführt haben. Selbst die Regierung hätte sich gern auf eine Bindung der Viehzölle eingelassen, wenn die Agrarier dafür die Bindung der Getreidezölle zugelassen hätten. Aber die Agrarier sorgten zunächst für ihr Korn und für die Verteuerung der Futtermittel, so daß dann eine Bindung der Viehzölle allerdings ganz ausgeschlossen war. —

Mißbrauch der Berufsvereinigungen zu politischen Zwecken betreibt Baumeister Felsch, konservativer Landtags-Abgeordneter, konservativer Reichstags-Kandidat und Vorsitzender des Vorstandes der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinsvereinigungen. Uns liegt ein gedrucktes Cirkular vor, an dessen Spitze sich der Vermerk befindet: „Nordöstliche Baugewerks-Vereinsvereinigungen“. Die Aufschrift des Cirkulars lautet: „Ein wichtiger Hinweis zur besonderen Beachtung“. Was aber sagt das Cirkular? Zunächst sagt es, daß durch die vom Reichstage und von den Regierungen im Jahre 1900 beschlossene Erhöhung des Reservefonds der gewerblichen Berufsvereinigungen für die Mitglieder der Berufsvereinigungen die Zahlung höherer Beiträge herbeigeführt worden sei. Dann fährt es fort:

„Die Ankaufung des Reservefonds ist nicht nötig, aber für das ganze Gewerbe schwer schädlich, weil den Genossenschaftsmitgliedern Betriebsmittel entzogen werden, die sie für ihre Geschäfte notwendig haben. Es ist daher dringend erforderlich, daß die Vorschriften auf Erhöhung des Reservefonds wieder aufgehoben wird. Die Berufsvereinigungen haben in dieser Richtung ihr möglichstes gethan, an den Genossenschaftsmitgliedern liegt es nun, auch ihrerseits soviel dazu beizutragen, wie es ihnen möglich ist.“

In die Vorbereitung für die zukünftige Reichstagswahl ist vielfach bereits eingetreten. Hier bietet sich Gelegenheit, für die Aufhebung der betreffenden Vorschriften zu wirken.

Deshalb empfehlen wir Ihnen, den Kandidaten für den Reichstag Ihres Wahlkreises über seine Stellungnahme zu der in Rede stehenden Vorschrift zu befragen, und ihm, wenn möglich, das Versprechen abzunehmen, für die Beseitigung derselben zu stimmen.

Ihr persönliches Interesse und das Interesse Ihrer Kollegen sowie das Allgemeinwohl fordern dieses.“

Unterzeichnet ist das Cirkular, welches die Interessen einzelner Unternehmer lebenswichtig in das Interesse des Allgemeinwohles verfaßt, mit den Worten: „Der Genossenschaftsvorstand, Felsch.“

Herr Felsch betreibt Wahl-agitation innerhalb der berufsgenossenschaftlichen Organisation, die nach den Gesetzen keinen andern Aufgaben zu dienen hat als den berufsgenossenschaftlichen. Herr Felsch mag als Privatmann unter seinesgleichen, so viel ihm beliebt, für die Wahl von Kandidaten agitieren, die den Interessen der Berufsvereinigungen dienen; für den Vorstand der Berufsvereinigungen ist solch Verfahren ungebührlich und unerlaubt.

Und nebenbei: Auf wessen Kosten ist denn das liebevolle Wahl-Cirkular gedruckt und verbreitet worden? Etwa aus dem Säckel der Baugewerks-Vereinsvereinigungen? —

Das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Welcher Unfug in der reaktionären Presse zu Tage gefördert wird, um den Eisenbahnarbeitern das verfassungsmäßig garantierte Koalitionsrecht zu nehmen, dafür ist eine Anekdote der „Konservativen Korrespondenz“ charakteristisch, die folgendes schreibt:

„Der ‚Vorwärts‘ behauptet, das Koalitionsrecht der Eisenbahner sei durch die preussische Verfassung gewährleistet, weil es darin heißt: ‚Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, sich zu vereinigen.‘ Das socialdemokratische Blatt vertheidigt aber, daß es in der Verfassung weiter heißt: Die Ausübung dieses Rechtes werde insbesondere zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch ein Gesetz geregelt. Das ist nicht nur durch das preussische Vereinsgesetz, sondern auch, was speciell die Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen betrifft, durch die Reichs-Gewerbe-Ordnung geschützt. Ausdrücklich aber ist in der Gewerbe-Ordnung (§ 2) bestimmt, daß dieses Gesetz keine Anwendung findet auf die Eisenbahn-Unternehmungen. Da wir nicht annehmen können, daß der ‚Vorwärts‘ aus Unkenntnis das Gegenteil behauptet, muß der Schluß gezogen werden, das socialdemokratische Blatt beabsichtige die Eisenbahner mit Vorbedacht falsch zu unterrichten, um ihnen weismachen zu können, daß sie in Bezug auf das ihnen angeblich verfassungsmäßig gewährleistete Recht ‚vergewaltigt‘ werden.“

Die Gewerbe-Ordnung bedeutet allerdings insofern eine Ausföhrung der preussischen Verfassung und des Vereinsrechtes, als sie für die ihr unterworfenen Arbeiter Koalitionsverbote aufhebt und gewisse Koalitionsabhandlungen unter Strafe stellt. Für die Arbeiter, die der Gewerbe-Ordnung nicht unterstehen, findet Verfassung und Vereinsrecht in ihr keine Einschränkung oder Erweiterung, es bleibt folglich bei den preussischen Gesetzen, die, weil sie keine Verbotsbestimmungen für Eisenbahnarbeiter kennen, das allgemeine Grundrecht der Koalition ihnen ausdrücklich garantieren. Der § 6 der Gewerbe-Ordnung nimmt u. a. die ‚advokatorische und Notariats-Praxis‘, sowie auch die ‚Ausübung der Heilkunde‘ von ihrem Geltungsbereich aus. Nach der Logik der ‚Kons. Korresp.‘ hätten danach auch die Bureaufschreiber der Rechtsanwaltschaft und die Kerze kein Koalitionsrecht.

Die ‚Norddeutsche Allgemeine Zeitung‘ macht noch tollere Sprünge. Während der Eisenbahnmittler selbst erklärt hatte, er denke nicht daran, das Koalitionsrecht seiner Arbeiter anzutasten, meint das Regierungsgesetz dafür ein um so unbeschränkteres Vereins- und Versammlungsgesetz auf Grund der Artikel 29 und 30 der preussischen Verfassung verlangt. Dem steht aber das Recht und die Pflicht der Eisenbahnverwaltung gegenüber, für einen nach jeder Richtung hin fortgesetzt ungestörten Betrieb zu sorgen, zumal die Eisenbahnen nicht nur Verkehrsmittel sind, sondern auch eines der hervorragendsten und umfassendsten Landesverteidigungsmittel bilden. Sodann übt die Eisenbahnverwaltung durch die Bahn- und Streckenpolizei staatliche Hoheitsrechte aus. Es ist selbstverständlich, daß solche nicht in die Hände von Angestellten gelegt werden können, denen ein Koalitionsrecht gegen die Anordnungen ihrer Vorgesetzten zur Seite stünde. Da das Eisenbahnenwesen der Gewerbe-Ordnung nicht untersteht, so hat die Eisenbahnverwaltung das unbeschränkte Recht und damit im Hinblick auf die bereiten Erfahrungen anderer Staaten die Pflicht des Koalitionsverbotes.“

Mit andern Worten: Jemand ein Minister hat das Recht und die Pflicht, sich über Verfassung und Gesetz hinwegzusetzen, wenn er das für zweckmäßig hält. Der Minister hat die absolute Gewalt, ohne nach Gesetzen zu fragen, zu thun, was er für gut hält: der Uebermenschen als Eisenbahnminister, der Absolutismus des Reformers! Ein Minister, der das Koalitionsrecht verbietet, verletzt seinen auf die Verfassung abgelegten Dienst. —

Angen rechts! In einem Leitartikel, der die Neueinteilung der preussischen Landtags-Wahlkreise befürwortet, tröstet die ‚Freie Jtg.‘ die Konservativen damit, daß auch sie dabei Mandate gewinnen könnten. Dem Berlin 24 Abgeordnete erhält und diese auf 10 bis 12 Wahlkreise verteilt werden, so haben in einzelnen dieser Kreise die Konservativen Aussicht, die Mehrheit zu gewinnen, während sie jetzt gänzlich leer ausgehen.“

Keinlich verhalte es sich mit Teltow-Beeskow, dessen beide Mandate voraussichtlich in diesem Jahre den Konservativen verloren gehen werden. Was ihn diese zarte Rücksicht auf die Reaktionen aufzwingt, verrät der Vollstamm mit den Worten: „Wenn freilich die Rechtsparteien wie bisher fortfahren, die freisinnige Volkspartei bei den Wahlen auch dort heftig zu bekämpfen, wo eine starke socialdemokratische Partei im Hintergrunde steht, so können die Socialdemokraten in einzelnen Teilen von Berlin einen bestimmenden Einfluß auch auf die Landtagswahlen gewinnen.“ Ehe der große Eugen der so weit überwiegender socialdemokratischen Bevölkerung Berlins auch nur einen socialdemokratischen Landtags-Abgeordneten zugesetzt, wüßte er lieber die Reaktion an: „Angen rechts! Nichter! Euch!“

Wahlvorbereitungen.

München. Es wird uns vom 2. März berichtet: Die Münchener Parteigenossen haben in einer öffentlichen Versammlung die Kandidaten für die beiden Wahlkreise aufgestellt. In München I wird Genosse Georg Vitzl, in München II Genosse v. Bollmar wieder kandidieren.

Die bürgerlichen Parteien haben zu den Wahlen bisher noch nicht offiziell Stellung genommen. Liberale Blätter berichten, daß die Liberalen aller Schattierungen einschließlich der National-Socialen in München I sich auf die Kandidatur des Professor Dr. Loy „geeinigt“ haben. Die liberale „Augsburger Abendzeitung“ bezeichnet diese Kandidatur jedoch als eine wenig glückliche. Dr. Loy besitze nicht diejenigen Eigenschaften, die nötig sind, um gewählt zu werden; er sei Norddeutscher, was bei vielen Wählern schon ein Stein des Anstoßes sei. Außerdem ist Loy vor einigen Monaten bekanntlich mit ziemlichem Geräusch aus dem liberalen Verein ausgetreten. Bei der letzten Reichstagswahl gab es in München I zwischen dem socialdemokratischen und dem liberalen Kandidaten eine Stichwahl, in der das Centrum den Liberalen Schwarz unterstützte und ihm so zum Siege verhalf. Nun haben aber die ultramontanen Blätter wiederholt mit aller Entschiedenheit erklärt, daß die Liberalen diesesmal auf die Centrumshilfe nicht rechnen dürfen; sie haben sogar die Meinung ausgesprochen, daß der Socialdemokrat schon im ersten Wahlgang durchgehen werde. Ob sich diese Annahme erfüllt, läßt sich natürlich nicht voraussagen. Auf alle Fälle aber hat Professor Dr. Loy die denkbar schlechtesten Aussichten auf das Reichstags-Mandat. —

In Hagen wurde der Abgeordnete Richter als freisinniger Kandidat neu bestätigt. In einer Wählerversammlung wiederholte Herr Richter, um die Feindschaft der eignen Partei zu beschönigen, die üblichen Unsinnsigkeiten gegen die socialdemokratische Politik. Gegen die Reaktionsparteien sprach Richter, nach dem Bericht der „H. W. Jtg.“ kaum mit einem Wort; er will ja mit ihrer Wahlhilfe wiedergewählt werden.

Am 9. sächsischen Wahlkreise (Freiberg) ist der jetzige Vertreter Dr. Dertel wieder als Kandidat der Konservativen, der Antisemiten und des Bundes der Landwirte aufgestellt worden. Die Nationalliberalen haben nach der Kartellabmachung auf einen eignen Kandidaten verzichtet; es wuß ihnen eine angenehme Aufgabe sein, für den Oberhäuptling der Handelsvertrags-Genossenschaft einzutreten!

Ausland.

Frankreich.

In der Kammer wurden am Sonnabend die Debatten über das Staatsmonopol auf Alkohol zu Ende geführt. Die Budget-Kommission hatte unter Artikel 243 einen Antrag eingebracht, wonach der Etat vom 1. Januar 1905 an das Monopol auf Fabrikation, Raffinerie, Importation und Verkauf von Alkohol erhalten sollte. Vom Augenblick der Veröffentlichung des Gesetzes an sollten neue Konzessionen auf Gastwirtschaften nicht mehr erteilt werden. Jaures war der wesentlichste Befürworter des Projekts und hat im Laufe der Debatten verschiedene Male das Wort genommen, um seine Projekte zur Annahme zu empfehlen. Der Finanzminister Rouvier erklärte, daß die Frage

nach nicht reif sei und verlangte die Überweisung des Antrages und aller der zu demselben eingebrachten Amendements an eine Specialkommission. Bailliant beantragte eine Resolution, wonach die Regierung aufgefordert wird, bis zum Jahre 1905 der Kammer ein Projekt betreffend das Staatsmonopol auf Alkohol vorzulegen. Nach Beendigung der Generaldiskussion wird mit 346 gegen 189 Stimmen beschlossen, sämtliche Anträge an eine Specialkommission zurückzuweisen.

Größere Ausichten hat das Monopol auf Petroleum, über welches im Anschluß hieran diskutiert wurde. Der sozialistische Deputierte Coustant unterbreitet eine Resolution, in welcher die Regierung ersucht wird, baldmöglichst ein Projekt betreffend die Verstaatlichung der Petroleum-Raffinerien vorzulegen. Der Finanzminister erklärt, daß er diese Resolution acceptiere, und dieselbe wird sodann mit 319 gegen 188 Stimmen angenommen.

Die „Guten Hirten“ von Ranch. Der Appellationshof von Ranch hat nunmehr in der Klagesache von Fräulein Lecoanet gegen die Kongregation der Guten Hirten das Urteil gefällt. Die Ordensgesellschaft wurde zu einem Schadenersatz von 10 000 Franc sowie zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. In den Motiven wird gesagt, es sei Fräulein Lecoanet gelungen, den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen anzutreten. Es handelt sich bekanntlich hier um das Fräulein, welches im Jahre 1877 als Waise in das „Wohltätigkeits-Institut“ der Guten Hirten aufgenommen wurde, und welches dort gleich wie ihre Leidensgefährten, bei der Wäscherei und andren Nebenarbeiten demnach ausgebeutet worden ist, das sie das Selbstvermögen verloren hat.

Belgien.

Das Unfallversicherungs-Gesetz in der Kammer.

Die Debatten über das Unfallversicherungs-Gesetz sind an einem entscheidenden Wendepunkt angekommen. Die Diskussionen, welche bereits einige Wochen andauern, haben gezeigt, daß über das Projekt soweit auseinandergelungene Auffassungen herrschen, daß es kaum möglich sein wird, innerhalb der Kammer zunächst zu einer Verständigung zu gelangen. Die Merkmalen selbst sind in ihrer Meinung geteilt. Der Deputierte de Broqueville machte deshalb den Vorschlag, den Entwurf und die große Zahl der hierzu gestellten Unteranträge an eine Specialkommission zu nochmaliger Durchberatung zurückzuverweisen. Es müsse ein Wert geschaffen werden, nicht das einer Partei, sondern ein nationales Wert, an dessen Zustandekommen alle Parteien in gleicher Weise beteiligt und interessiert seien. Eine Weiterberatung im gegenwärtigen Moment habe keinen Zweck. Gynmans von den Liberalen und Vanderveelde für die Sozialisten erklärten ihr Einverständnis mit diesem Vorschlag. Der Minister Francotte jedoch sprach sich entschieden gegen jede Verzögerung aus und verlangte die Beratung der einzelnen Artikel. Woeste, der Führer der Merkmalen Mehrheit, trat für die Verjagung der Abstimmung über den Antrag Broqueville ein; es müsse der Regierung Gelegenheit gegeben werden, sich vorerst mit ihrer Mehrheit zu verständigen. Unter großem Widerpruch der Opposition wurde beschlossen, die Diskussion bis Donnerstag zu verlagern.

Italien.

Kür und gegen den Papst. Im Gemeinderat der Stadt Rom ist ein Konflikt zwischen den Liberalen und Merkmalen ausgebrochen. Die Merkmalen, 80 unter 80 Abgeordneten, verlangten die Abfindung einer Adresse an den Papst gelegentlich seines 25-jährigen Jubiläums. Die Liberalen widersetzten sich dem und so zogen die Merkmalen vom Kapitol hinab, um für sich allein eine Ergebnisadresse an den Papst zu richten.

England.

Der Denaby-Prozess.

London, 28. Febr. (Fig. Ver.) Die Bergwerksbesitzer von Denaby berechnen den ihnen durch den Streik verursachten Schaden auf 120 000 Pfd. Sterl. (2,4 Millionen Mark). Die Megreklage wird in den nächsten Tagen eingereicht werden und ist gegen die Föderation der Bergleute von Northire gerichtet, im letzten Grunde gegen den allgemeinen Verband der britischen Bergleute, dem die prozessierte Gewerkschaft angehört.

Dem Bergarbeiter-Verband ist bekanntlich durch Gerichtsbefehl Untersagt worden, die Streikenden durch Geldmittel zu unterstützen, weil der Streik der dortigen Bergleute wider das Gesetz verstoße. Die Streikenden werden jedoch aus anderen Quellen genügend unterstützt. Den Unternehmern gelingt es nicht, Streikbrecher heranzuziehen, weil die Ausländigen zahlreiche Streikbrecherposten ausstellen. Viele Bergarbeiter-Familien, die bekanntlich aus ihren den Unternehmern gehörenden Wohnhäusern vertrieben wurden, sind in Ketten untergebracht, und haben stark unter der jetzigen rauhen Witterung zu leiden.

Die Bergleute gegen den Ausfuhrzoll auf Kohle. In einer Konferenz, auf welcher 716 000 organisierte Bergleute vertreten waren, wurde eine Resolution angenommen, in welcher es heißt, daß die Bergleute nach wie vor gegen die Erhebung eines Ausfuhrzoll auf Kohle Protest einlegen. Der Zoll habe die englische Kohlenindustrie in schädigender Weise beeinflusst. Es wurde eine Delegation gewählt, welche beim Schatzkanzler die Aufhebung des Zolles fordern soll.

Rußland.

Brutale Verabschiedung finnländischer Richter. Gegen das Verhalten des Gouverneurs General Majorowitsch bei den Streikdemonstrationen, die am 18. April vorigen Jahres in Helsingfors stattfanden, waren bei dem Hofgericht in Kabo mehrere Privatklagen eingeleitet, worauf das Hofgericht das Rathausgericht in Helsingfors anwies, eine Untersuchung über das Verhalten des Gouverneurs vorzunehmen. Auf dieses durchaus pflichtgemäße Vorgehen des Hofgerichts hat die russische Regierung dadurch geantwortet, daß sie 16 Mitglieder des Gerichts verabschiedete, und zwar ohne Pension, und andre an ihrer Stelle ernannte. Es ist das bekanntlich nicht das erste Attentat, das die russische Regierung gegen die finnländische Gerichtsbarkeit ausübt. So wurden bereits früher neun Richter vom obersten Gericht verabschiedet. Ebenso arbeitet sie beständig daran, die finnischen Beamten durch russische oder russische Bestimmung zu ersetzen.

„Aftonbladet“ meldet aus Kabo: Am Sonnabend haben alle noch im Amte befindlichen Mitglieder des Hofgerichts in Kabo mit Ausnahme eines regierungsfreundlichen Aktuars und eines Registrators ihr Abschiedsgeld eingekassiert. Außerdem reichten von den 16 außerordentlichen Mitgliedern des Hofgerichts 15 Gesuche um Befreiung vom Dienste ein.

Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung vom Dienstag, den 3. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Budde.
Die zweite Beratung des Etats der Wasserbauverwaltung wird fortgesetzt beim Kapitel „Ministerium“. Zum Titel 2 beantragt die Kommission:

- 1 Unterstaatssekretär mit 18 000 M.
- 1 Direktor „ 15 000
- 2 Direktoren mit je 15 000 M.

Abg. v. Wangenheim (L.) tritt dafür ein, daß die Wasserbauverwaltung an das landwirtschaftliche Ministerium überwiesen wird. Diese Entscheidung würde durch die Schaffung eines Unterstaatssekretärs für das Wasserbauwesen bei diesem Etat weiter aufgehoben werden; daher werden meine Freunde gegen diese Forderung stimmen.

Minister Budde: Es besteht nicht die Absicht, eine Aenderung einzutreten zu lassen in den Beziehungen der Wasserbauverwaltung zum Etat des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten. Der neu zu schaffende Unterstaatssekretär soll lediglich zu meiner Entlastung dienen, die absolut notwendig ist.

Abg. v. Savigny (C.): Wenn auch jetzt nicht die Absicht besteht, eine andre Organisation des Wasserbau-Etats herbeizuführen, so

werden doch die Verhältnisse dahin führen. Wir wünschen, daß die Entscheidungen in der Wasserbau-Verwaltung jetzt von dem Minister selbst getroffen werden. Würde aber für dies Wasserbau-Wesen ein besonderer Unterstaatssekretär eingesetzt, so würde dieser vielfach selbständig Entscheidungen zu treffen haben. Daher werden wir für die Aenderung der Kommission stimmen, die den Wünschen des Herrn Ministers nach Entlastung ebenfalls in weitgehendem Maße entgegenkommt.

Ein Regierungskommissar betont, daß die Schaffung eines Unterstaatssekretärs, die eventuelle spätere Überführung der Wasserbau-Abteilung an das landwirtschaftliche Ministerium nicht hindern könnte.

Abg. v. Helm (H.) bittet die Forderungen der Regierung zu bewilligen und den Kommissionsantrag abzulehnen. Aus meiner langen parlamentarischen Erfahrung kann ich mich nicht entziehen, daß einem Minister, der um einen Vertreter zu seiner Entlastung bat, diese Forderung nicht bewilligt worden wäre. Eine solche Ablehnung würde direkt ein Mißtrauensvotum für den Minister bedeuten. Die Frage, ob später einmal die Wasserbau-Abteilung dem landwirtschaftlichen Ministerium zugeteilt werden könnte, muß hier ganz ausgeschieden, denn daran ist vorläufig nicht zu denken.

Abg. v. Arnim (L.): Wenn meine politischen Freunde für den Kommissionsantrag eintreten, so liegt darin nicht der Schimmer eines Mißtrauensvotums gegen den Herrn Minister. Wir wollen nur nicht, daß die Möglichkeit, die Wasserbauverwaltung dem landwirtschaftlichen Ministerium zu unterstellen, in weite Ferne gerückt wird.

Abg. Daus (natl.) tritt für die Forderung ein.

Abg. Dr. Barth (ref. Vg.): Durch die Haltung der Konservativen gewinnt diese Angelegenheit, die ja finanziell von ganz untergeordneter Bedeutung ist, doch eine gewisse konstitutionelle Wichtigkeit. Die Herren fürchten, daß durch die Schaffung eines Unterstaatssekretärs der gegenwärtige Ressortzustand befestigt werde, wonach dem Minister der öffentlichen Arbeiten auch die ganze Wasserbau-Verwaltung unterstellt ist, und sie wünschen, daß diese Verwaltung dem landwirtschaftlichen Ministerium angegliedert werde. Das Vorgehen der Konservativen bedeutet direkt einen Eingriff in das Recht der Exekutive der Regierung. Die Rücksichtslosigkeit, mit der die Herren hier vorgehen, steht in sonderbarer Disharmonie mit ihren sonstigen Beteuerungen, daß sie auf das nachdrücklichste die Exekutive der Regierung und das Recht der Krone wahren. (Sehr richtig! links.) Als unter dem Fürsten Bismarck der Reichstag einmal einen dritten Direktor im Auswärtigen Amt nicht bewilligen wollte, waren es gerade die Herren Konservativen, die auf das Lebhafte gegen einen derartigen Eingriff in die Exekutive der Regierung protestierten (Hört! hört! links) und in der konservativen Presse erhob sich ein Höllenpelel. Wir sind der Meinung, daß klare Rechte der Exekutive nicht durch Eingriffe des Parlaments geschmälert werden dürfen und werden daher für den Unterstaatssekretär stimmen. Mehr werde ich nicht sagen, sonst wirft mir der Herr Minister wieder vor, ich hätte eine Wahrede gehalten. (Heiterkeit.)

Abg. v. Savigny (C.): In unserem Budgetrecht liegt auch das Recht, in solchen Organisationsfragen unsern Einfluß geltend zu machen. Die Verteidigung des Rechtes der Exekutive durch Herrn Dr. Barth macht bei der Gesellschaft, in welche dieser Herr im Reichstage geraten ist, einen eigentümlichen Eindruck. (Unruhe links.)

Abg. Krieger (ref. Sp.): Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Dr. Barth nur anschließen.

Abg. v. Böckl (L.): Wir wollen auch auf den Minister keinen Zwang ausüben, sondern befinden uns vielmehr in der Defensive. In der „Vossischen Zeitung“ wurde bereits am 12. Januar, also bevor der Etat bekannt war, die Schaffung dieses neuen Unterstaatssekretärs angekündigt und begrüßt, weil damit dem Bestreben gewisser Kreise, die Wasserbau-Verwaltung dem landwirtschaftlichen Ministerium anzuschließen, ein für allemal ein Ende gemacht würde. Diese Aenderung kann doch nur aus dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten stammen.

Minister Budde: Ich habe die Notiz seiner Zeit auch gelesen, sie entbehrt jeder historischen Unterlage. Wenn ich alle solche Notizen berücksichtigen sollte, müßte ich mir noch eine ganze Anzahl von Mäthen mehr erbitten. (Heiterkeit.)

Ein Schlußantrag wird hierauf angenommen, persönlich erklärt

Abg. v. Arnim (L.) gegenüber dem Abg. Barth, daß es ihm fern gelegen habe, in das Recht der Krone einzugreifen.

In der Abstimmung erheben sich für den Titel 2 nach der Regierungsvorlage die beiden freisinnigen Parteien, die Nationalliberalen und Konservativen, anscheinend die Minderheit.

Präsident Krüger bittet um die Gegenprobe. Es erheben sich das Centrum und die Konservativen.

Präsident Krüger: Das Bureau ist einig, daß jetzt die Minderheit steht; der Titel ist also nach der Regierungsvorlage angenommen. (Allgemeine, andauernde Bewegung.)

Die weitere Debatte ist unerheblich.
Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Kleinere Vorträge. Fortsetzung der Etatsberatung.)
Schluß 4 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Partei-Prese. Die Parteigenossen des Wahlkreises Offenbach haben beschlossen, am 1. Juli 1903 das „Offenbacher Abendblatt“ in Parteilage zu übernehmen. Die Uebergabe durch den bisherigen Eigentümer Ulrich erfolgt ohne Entschädigung. Der Druck des Blattes wird Ulrich auf 10 Jahre übertragen. Wenn die Parteigenossen das Blatt in eigener Druckerei herstellen wollen, so müssen sie als Entschädigung dafür die Druckerei Ulrichs laufen. Das Blatt ist jetzt schuldenfrei.

Die „Rein Forster Volkszeitung“ feierte dieser Tage das Jubiläum ihres 25-jährigen Bestehens.

Totenliste der Partei. In Dortmund starb im Alter von 48 Jahren der Schneider August Labeth, der sowohl auf gewerkschaftlichem wie politischem Gebiet vorbildlich gewirkt hat.

Herrn von der Helmut, auf einer Reise in Tunis, starb der Parteigenosse Richard Künzel, Musterzeichner in Wurzen (Sachsen). Seine Freunde widmen ihm in der „Leipziger Volkszeitung“ einen warmen Nachruf, worin sie seine eifrige agitatorische Parteithätigkeit rühmen.

Wahlkreis Prenzlau-Angermünde. Sonntag, den 8. März, nachmittags 1 Uhr, findet in Schwedt a. D., im Lokale des Herrn Rahn eine Kreisversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Aufstellung eines Kandidaten.

Aus Industrie und Handel.

Der „Fall Eyner“.

Leipzig, den 3. März 1903.
Der gerichtliche Konkursverwalter der Leipziger Bank, Notar Otto Freytag, sagt aus, die Konkursverwaltung habe bisher 30 Proz. später noch 20 Proz. Konkursdividende bezahlt. Ein großer Teil der Aktionäre habe als Gläubiger Ansprüche erhoben unter der Behauptung, sie seien durch die in der Verwaltung der Bank begangenen Verschleierungen zum Ankauf von Aktien verpflichtet worden. Wenn diese Ansprüche abgewiesen würden, könnten noch ungefähr 15 Proz. verteilt werden. Es seien 95 Millionen Passiva angemeldet worden. Ein großer Teil davon werde aber von der Konkursverwaltung bestritten, so daß die Passiva 74 bis 76 Millionen betragen. Als Obligo der Treiber-Gesellschaft habe die Konkursverwaltung 91 Millionen angemeldet. Man habe sich jedoch durch Vergleich mit der Konkursverwaltung der Treiber-Gesellschaft auf 50 Millionen geeinigt. Davon seien bisher an die Konkursverwaltung der Leipziger Bank 2 1/2 Proz. gezahlt worden. Zur vorläufigen Weiterführung des Treiber-Unternehmens habe die Konkursverwaltung 500 000 M. gegeben. Der Zeuge erklärt ferner, es sei ihm in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich gewesen, eine

Bilanz aufzustellen, da die Bücher in musterhafter Ordnung gewesen seien und eine volle Uebersicht über die Vermögenslage gemährt hätten. Er habe keinerlei Wahrnehmung gemacht, die darauf schließen ließe, daß Eyner eine Täuschung der Gläubiger der Bank versucht habe.

Sodann werden mehrere Briefe vorgelesen, aus denen hervorgeht, daß Eyner der Firma S. W. Eichröder auf eine Anfrage nach der Höhe der Treiberengagements bei der Leipziger Bank unrichtige Auskunft erteilt hat. Wegen dieser Angelegenheit war Eyner wegen Verschleierung verurteilt worden. Eyner erklärt, er hätte der Firma Eichröder nicht mehr mitteilen dürfen als andern Aktionären. Die Firma Eichröder, die ein Guthaben von 4 Millionen Mark hatte, sei nicht geschädigt worden. Wenn ihr die Höhe der Treiberengagements bekannt geworden wäre, hätte sie den Konkurs der Leipziger Bank beantragen müssen und nur an die Konkursmasse eine Forderung gehabt. So habe die Firma Eichröder noch vor Ausbruch des Konkurses 3 Millionen zurückgehalten.

Generalkonful Dr. Paul Schwaabach, Mitinhaber der Firma S. W. Eichröder-Berlin, erklärt, seine Firma habe mit der Leipziger Bank im regen Geschäftsverkehr gestanden und daher ein großes Interesse daran gehabt, zu erfahren, ob die Angriffe der „Frankfurter Zeitung“ auf Wahrheit beruhten. Da Eyner keine klare Auskunft gegeben habe, habe seine Firma ihre Engagements bei der Leipziger Bank von vier auf eine Million reduziert. Bei dem Ausbruch des Konkurses habe die Firma noch 400 000 M. bei der Konkursmasse angemeldet und außerdem eine halbe Million nominal Leipziger Bankaktien besessen, die ziemlich hoch in den Büchern gehalten hätten, durch den Konkurs aber wertlos geworden seien. Hätte Eyner die Wahrheit geschrieben, so würde seine Firma sofort der Leipziger Bank die Ullmöglicher gekündigt haben.

Auf Befragen des Verteidigers, Justizrats v. Gordon, bemerkt der Zeuge, wenn er erfahren hätte, daß die Treiberengagements 55 Millionen betragen, würde er gesehen haben, daß die Leipziger Bank vor dem Konkurs stehe. Ob seine Gesellschaft vor dem Konkurs Aktien der Leipziger Bank verkauft habe, könne er nicht sagen, er wisse jedoch, daß seine Firma noch zwei Tage vor dem Konkurs Aktien der Leipziger Bank gekauft habe.

Justizrat v. Gordon beantragt, daß die Rechtsanwalte Behme und Rosenthal als Zeugen geladen werden, die bezeugen würden, daß nachdem die wahre Sachlage bekannt gewesen sei, am 25. Juni 1901 ein aus Sachverständigen bestehendes Auktionsamt sich bereit erklärt habe, das erforderliche Kapital für die Fortführung der Leipziger Bank aufzubringen, und daß dieser Plan nur durch das Erscheinen des Communiqués gescheitert sei. Rosenthal werde außerdem noch bezeugen können, daß am 3. Juli 1901 ein ebenfalls aus Sachverständigen bestehendes Auktionsamt sich bereit erklärt habe, Schmidt zur Fortführung der Leipziger Bank drei Millionen zur Verfügung zu stellen. Der Gerichtshof beschließt, dem Antrage stattzugeben.

Sachverständiger Kommerzienrat Sieckind erklärt, weder die Bilanz noch der Rechnungsbericht vom Februar 1901 genähre ein Bild der Geschäftslage der Leipziger Bank. Das Treiberengagement hätte jedenfalls erwähnt werden müssen. Das persönliche Urgefühle hätte die Verwaltung der Leipziger Bank veranlassen müssen, größere Reserven zurückzustellen und nicht noch aus anvertrautem fremden Gelde Dividende zu zahlen und Zinssummen zu erheben.

Sachverständiger Direktor Herrmann pflichtet dem bei. Es sei noch niemals vorgekommen, daß eine Bank von 48 Millionen Aktienkapital 91 Millionen an eine Industrie-Gesellschaft ohne erforderliche Deckung geliehen habe. Ebenso unbegreiflich sei es, die 22 Millionen Wechsel von den Aufsichtsrats-Mitgliedern der Treiber-Gesellschaft als üblichen Umsatz zu bezeichnen.

Plaut schließt sich diesen Ausführungen an. Der Rechnungsbericht sei eine Verschleierung stärkerer Form. Selbstverständlich hätte keine Dividende gezahlt werden dürfen; dann wären die Aktien allerdings gefallen. Professor Lambert erachtet ebenfalls eine Verschleierung für vorliegend, die Abschreibungen der Reserven habe er nicht unbedingt für erforderlich. Sachverständiger Plaut erklärt, die Verwaltung der Leipziger Bank sei jedenfalls verpflichtet gewesen, die Debitoren nach dem Werte in die Bilanz einzustellen, den sie nach gewöhnlicher Prüfung annehmen mußte.

Der Geschäftsgang in der Porzellanindustrie ist in den Hauptzentren noch immer ungünstig. Die Aufträge sind meist so gering, daß eine weitgehende Betriebseinschränkung erfolgen muß. In Berlin ist nicht nur die Arbeitszeit verkürzt, es fänden in letzter Zeit auch öfter Entlassungen wegen Arbeitsmangels statt. In der sehr verbreiteten Hausindustrie drücken die Kleinmeister die Preise stark herab. In Meissen, wo außer der königlichen Manufaktur noch zwei private Etablissements vorhanden sind, ist der Betrieb sowohl in den Privatfabriken wie in der königlichen Manufaktur teilweise beschränkt. Uebersunden werden nur von solchen Arbeitern gemacht, die beim Brennen beschäftigt sind. Im ganzen sind zur Zeit in Meissen ca. 950 Arbeiter thätig. Der Wochenverdienst beträgt bei Accordarbeitern ca. 25 M., bei Tagelarbeitern 12 bis 15 M. In Adl-Ohrenfeld ist der Betrieb infolge eingeschränkter Arbeit an die Accordarbeiter nur mangelhaft ausgegeben wird, wodurch die Accordarbeiter vielfach gezwungen sind, mehr oder minder lang zu feiern. Die Accordlöhne schwanken zwischen 16 und 36 M. pro Woche. In Orten, wo die Porzellanmanufaktur weniger stark entwickelt ist, gelingt es den einzelnen Betrieben, sich über die ungünstigen Zeiten besser hinwegzusetzen. So sind in Magdeburg-Neustadt die Porzellanarbeiter zur Zeit ziemlich voll beschäftigt. Auch in Dörfelort findet volle Beschäftigung statt. Doch läßt der starke Andrang von außerhalb einen ungünstigen Einfluß auf die Löhne aus. In München ist die Arbeitszeit ebenfalls regelmäßig. Entlassungen sind gegenwärtig ebenso wenig zu gewärtigen wie Neueinstellungen.

Kartell-Enquete. Nach der Untersuchung der Verhältnisse des rheinisch-westfälischen Kohlenhandels, die, wie gestern berichtet wurde, ihren Anfang genommen hat, soll zunächst über die ober-schlesische Kohlenkonvention, das westfälische Coalitionsbündel und das sächsisch-thüringische Braunkohlenbündel und darauf über die wichtigsten Kartelle der Eisenindustrie verhandelt werden. Wie es heißt, werden die Erhebungen sich über 35 Kartelle erstrecken; vermutlich aber wird diese Zahl im Verlaufe der Enquete noch erhöht werden. Man rechnet nach der „C. C.“ an sachkundiger Stelle mit einer mehrjährigen Dauer der Kartell-Enquete.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Bäderstreik bei Goldader dauert unverändert fort. Seitens der Kontrolleure und einiger dienstfertigen Verläuferinnen wird dem Publikum erzählt, der Streik sei beendet. Dies ist unrichtig. Herr Goldader will freiwillig nicht nachgeben. Er hat zu Dritten gehärt, wenn die alten Arbeiter zu ihm kommen und um Arbeit nachfragen würden, würde er sie sofort wieder einstellen. Das heißt also: wenn sich die Streikenden anstellen, stellt er sie sofort wieder ein und wirkt natürlich auch die zum großen Teil unbrauchbaren Streikbrecher hinaus. Für eine solche unwürdige Annahme der Arbeit bedanken sich allerdings die Streikenden. Die Schreiben und sonstigen Mitteilungen der jetzigen und früheren Verläuferinnen und sogar Lehmanns an die Streikenden sind meistens falsch und wird dieselbe von deren Leidensgefährten ein besonderes Flugblatt herausgeben. Der Vorstand des Bäderverbandes.

Unbegündete staatsanwaltliche Aktionen gegen Streikende. Wie wir vor kurzen berichteten, ist gegen mehrere Kleinmeyer ein Vorverfahren wegen Landfriedensbruch eingeleitet worden. Das Verfahren soll anlässlich des Klempnerstreiks begangen worden sein. Die Angeklagten waren sich zwar keiner Handlungen bewußt, durch die sie den Landfrieden gebrochen haben, aber es waren doch Belastungszeugen gegen sie aufgeführt worden, unter denen an hervorragender Stelle der berühmte Klempner Meister stand, der sich sowohl als Streikbrecher wie als Raubmörder

Reichstag.

272. Sitzung. Dienstag, den 3. März 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Herr v. Thielmann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Etats des Reichs-Invalidenfonds.

In Kap. 83: „Zuschüsse zum Dispositionsfonds des Kaisers zu Gnadenbewilligungen aller Art; Pensionszuschüsse und Unterstützungen“ werden zur Gewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer aus dem Feldzuge 1870/71 und den früheren Kriegen („Ehrensold“) 9 Millionen Mark gefordert. Bei der Verteilung dieses Fonds sollen neben denjenigen Kriegsteilnehmern, die sich schon am 1. April 1903 im Genusse von Beihilfen befanden, auch diejenigen Teilnehmer berücksichtigt werden, die zu diesem Zeitpunkt „als bezugsberechtigt zwar anerkannt waren, aber bis dahin wegen Mangels an Mitteln unberücksichtigt bleiben mußten.“ Für diese letzteren Teilnehmer sind von den 9 Millionen Mark 324 000 M. bestimmt.

Die Kommission (Berichteratter Abg. Graf Oriola (natl.)) beantragt unveränderte Bewilligung dieses Titels.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (natl.): Eine große Zahl von Veteranen entbehrt immer noch der Beihilfe von 120 M. jährlich. Die 324 000 M. reichen deshalb in keiner Weise aus, um auch nur die dringendste Not zu mildern. Es ist nicht länger zu ertragen, daß fortgesetzt als berechtigt anerkannte Veteranen Ansprüche aus Mangel an Geldmitteln abgewiesen werden. Das ist ein des Deutschen Reiches unwürdiger Zustand! Wie lange sollen wir eigentlich noch warten? Im letzten Jahre ist wieder eine Reihe von Kriegsinvaliden hingestorben, die vergebens Jahr für Jahr auf ihre Anerkennung als hilfsbedürftige Invaliden gewartet haben, da die Behörden den Nachweis völliger Erwerbsunfähigkeit und Hilflosigkeit von ihnen verlangten. Es muß endlich etwas geschehen; ich komme deshalb auf den mir zwar nicht gerade sehr sympathischen Vorschlag der Wehrsteuer zurück. Von dieser Steuer sollen nur die Betroffenen werden, die vermögend dazu sind, nicht aber wirklich Kranke, Krüppel und Elende.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Ich teile die Befürchtung, daß die Etatspositionen für die Invalidenunterstützung in diesem Jahre wieder nicht ausreichen werden. Eine Etatsüberdrehung kommt ja leider hier, wo es sich um die Mittel des Reichs-Invalidenfonds handelt, nicht in Frage. Der Gedanke der Wehrsteuer scheint mir durchaus vollständig. Ich hoffe, daß ich für eine hierauf bezügliche Resolution, die ich zum Pensions-Etat einbringen werde, die Zustimmung der Mehrheit dieses Hauses finden werde. Wir müssen unsere Kriegsteilnehmer vor der Schande bewahren, der Armenpflege anheimzufallen. Das bedeutet nicht die Aufreizung zur Begehrlichkeit! Welches Programm hat der Schatzsekretär für die Invalidenunterstützung aufgestellt?

Schatzsekretär Herr v. Thielmann:

Ich halte den Gedanken, den Invalidenfonds dadurch zu entlasten, daß die Veteranenbeiträge auf den ordentlichen Etat übernommen werden, für durchaus richtig. Die Verhandlungen der Subkommission haben aber ergeben, daß in diesem Jahre und voraussichtlich auch im nächsten Jahre die ordentlichen Ausgaben des Reichs eine Erhöhung um 9 Millionen beim besten Willen nicht ertragen. Der Not gefordert, muß man diese 9 Millionen also beim Conto des Invalidenfonds belassen. Selbstverständlich werden aber diese Ausgaben nach der Erschöpfung des Invalidenfonds auf den ordentlichen Etat übernommen werden müssen. In einer Beurlaubung der Invaliden liegt gar kein Grund vor. Sie werden die ihnen zustehenden Pensionen jederzeit unberührt erhalten.

Ein Gesetzentwurf über die Wehrsteuer ist im Jahre 1880 schon einmal dem Reichstage vorgelegt worden. Die Steuer sollte danach im Beharrungszustande rund 20 Millionen bringen. Der Reichstag hat aber diesen Gesetzentwurf damals gegen eine einzige Stimme abgelehnt und es ist für die verbündeten Regierungen immer ein schweres Ding, einen mit so großer Majorität abgelehnten Gesetzentwurf wieder einzubringen. Deshalb muß dieser Fall seitens der verbündeten Regierungen doch auf das aller sorgfältigste überlegt werden. Die einzigen größeren Staaten Europas, die eine Wehrsteuer haben, sind Oesterreich-Ungarn und Frankreich. In Oesterreich-Ungarn trägt diese Steuer meines Wissens weniger als 5 Millionen, in Frankreich weniger als 2 Millionen. Dabei sind beide Staaten bekannt durch ihr großes Talent, Geld aus den Steuerzahlern herauszuholen. (Heiterkeit.) Die Sätze meines Gesetzentwurfes von 1880 erscheinen mir danach thatächlich viel zu hoch gegriffen zu sein. Ich glaube, daß man ohne eine solche, ja vielfach vielleicht grausame Schädigung Einzelner nicht eine Summe von jährlich 20 Millionen aus dieser Steuer herausbringen könnte. Es kommt hinzu, daß die Veteranenbeiträge seit 1865 um das fünffache gestiegen sind. Sie betragen jetzt 9 Millionen Mark, und auch diese Summe ist noch nicht als endgültig anzusehen. Soll etwa auch die Wehrsteuer von Jahr zu Jahr steigen? Das wäre eine Utopie, auf die die verbündeten Regierungen nicht würden eingehen können. — Die Behauptung, daß die 324 000 M. nicht reichen werden, ist ganz unbegründet. Man kann nichts Besseres thun, als es bei den Kommissionsbeschlüssen zu belassen.

Abg. Wattenberg (C.) spricht sich kurz für den Kommissionsantrag aus.

Abg. Graf Oriola (natl.): Auch ich glaube, daß die 324 000 M. nicht ausreichen werde. Die ganze Frage des Militärpensions-Gesetzes kommt am besten beim allgemeinen Pensions-Etat zur Verhandlung. (Zustimmung bei den Nationalen.)

Abg. Werner (Antl.) wendet sich gegen den Schatzsekretär. Es muß beunruhigen, wenn erklärt wird: der Invalidenfonds ist erschöpft. Die ungleichmäßige Behandlung der Veteranen erregt allgemeine Unzufriedenheit. Wir sind eine Anzahl Veteranen bekannt, deren Bezugsberechtigung anerkannt ist, die aber kein Geld erhalten und nun Armenunterstützung von den Gemeinden beziehen. Das ist wahrhaft beschämend. Die Veteranenelder, 120 M. jährlich, hätten nicht aus dem Invalidenfonds genommen werden dürfen, sondern aus anderen Fonds. Bei der schlechten Finanzlage hätte das ja seine Schwierigkeit gehabt, aber man hätte anderwärts sparen können z. B. bei den teuren Liebungslägen. Wir müssen uns nach neuen Steuern umsehen, und da ist die Idee einer Wehrsteuer nach dem Vermögen der Dienstuntauglichen nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Hoffentlich haben wir in diesem Jahre meine Klagen zum letztenmale vorgebracht.

Abg. Graf v. Roon (L.): Ich teile das Bedauern, ja die Empörung darüber, daß das Militär-Pensionsgesetz wieder nicht zur Verabschiedung kommt. — Die Veteranen, welche gesetzlichen Anspruch auf Versorgung haben, müssen unbedingt alle versorgt werden. Die Kommission hat es mir abgelehnt, den Invalidenfonds auf Grund einer ungewissen Schätzung noch mehr zu belasten. Es muß so bald wie möglich dafür gesorgt werden, daß die Veteranen aus dem Etat und nicht aus dem Invalidenfonds befriedigt werden.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Bezüglich des Militär-Pensionsgesetzes bin ich mit den Herren Vorrednern vollkommen einverstanden. Der Herr Staatssekretär hat heute wenig Talent zum Heraus schlagen von Steuern bewiesen, er hat beinahe eine Rede gegen die Wehrsteuer gehalten und wer weiß, ob er nicht vielleicht noch einmal in die Lage kommt, eine solche Steuer zu beantragen. Daß die Summe für die Veteranen auch im nächsten Jahre wieder nicht ausreichen wird, scheint mir nach den Ausführungen des Abg. Grafen Oriola ganz zweifellos.

Abg. Dr. Semler (natl.): Wenn von dem Reichstag große Summen für Zwecke der Landesverteidigung verlangt werden und andererseits die dringendsten Bedürfnisse der Veteranen nicht erfüllt werden, so ist das ein bedauerlicher Widerspruch. Wenn das so fortgeht, werden auch die Parteien, die principieil stets für das stehende Heer usw. eintreten, in die unerwünschte Erwägung eintreten müssen, ob man nicht wirklich an der Landesverteidigung so lange Abstriche machen sollte bis die Ansprüche der Veteranen erfüllt sind.

Abg. Graf Schönaich-Carolath (natl.): Der Herr Staatssekretär hat bezüglich der Wehrsteuer auf die geringen Erträge einer solchen Steuer in Frankreich exemplifiziert. Er hat aber vergessen, daß wir 28 Millionen mehr Einwohner haben als Frankreich. Wenn im Jahre 1890 der Reichstag die Wehrsteuer abgelehnt hat, so folgt daraus nicht, daß andre Männer zu einer andern Zeit eine solche Steuer nicht annehmen können. Wenn die Regierung der Aufforderung nicht nachkommt, so wird der Reichstag die Initiative ergreifen müssen.

Abg. Hüfner (L.) spricht die Hoffnung aus, daß den berechtigten Ansprüchen der Veteranen endlich Genüge geschehen möge.

Abg. Kirch (C.): Ob ich für oder gegen die Wehrsteuer bin, darüber will ich mich nicht äußern; jedenfalls kann die Ablehnung einer solchen Steuer vor 20 Jahren die Regierung nicht veranlassen, jetzt nicht einen erneuten Versuch zu machen. — Ein Militär-Pensionsgesetz sollte uns wenigstens vorgelegt werden, damit Ruhe im Lande eintritt. Der Termin des Inkrafttretens kann ja ein späterer sein.

Damit schließt die Diskussion. Dem Kommissionsantrage entsprechend wird Kap. 83 unverändert angenommen, ebenso debattelos der Rest des Etats.

Es folgt der Etat des Reichs-Eisenbahn-Amtes.

Abg. Dr. Baumbach (fr. Vg.): Die Forderungen von Reformen auf dem Gebiete des Personenverkehrs und von Herabsetzungen der Tarife müssen trotz der ständigen Debatten im preussischen Abgeordnetenhaus immer wieder erhoben werden. Herr Badde hat sich für eine „Personenverkehrs-Reform“, aber gegen eine eigentliche Tarifreform erklärt.

Nun, auch eine Vereinfachung des Personenverkehrs soll und willkommen sein. Aber das ist doch mehr der Standpunkt der Verwaltung, des Schalterbeamten, nicht des reisenden Publikums. Der Reisende will billiger fahren. Man sollte die Rückfahrkarten abschaffen und den Preis der einfachen Fahrt auf die Hälfte des Rückfahrpreises herabsetzen. Das Reichs-Eisenbahnamt ist zwar eine Aufsichtsinstitution für die einzelstaatlichen Eisenbahn-Verwaltungen, aber ihm fehlt die Macht, es ist in seiner Entwicklung zurückgeblieben. Jemand Preußen hat doch, was es will. So müßte viel energischer auf die Einführung von billigeren Vororttarifen gedrungen werden, und zwar vornehmlich aus sozialpolitischen Rücksichten. Die in Sachsen geplante Tarifreform bedeutet das Gegenteil einer Verbesserung; die neuen Tarifvorschläge stellen fast überall eine Erhöhung der bisherigen Rückfahrpreise dar. Die Arbeitsverhältnisse der Angestellten in der preussisch-sächsischen Eisenbahngemeinschaft sind, wie Dr. Zimmermann kürzlich in einer vom Verein für Socialpolitik herausgegebenen Schrift nachgewiesen hat, keineswegs besonders günstig und halten den Vergleich mit der Privatindustrie nicht überall aus. Es wird geklagt über zu geringe Besoldung und zu lange Arbeitszeit, besonders Nacharbeit der Frauen. Sehr ansehnlich sind die Auffassungen des preussischen Eisenbahnministers über das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Seine Anschauungen können nur Gerechtigkeit unter den Angestellten großzügig sein. Die preussische Eisenbahnverwaltung hat nicht einmal gestattet, daß der Verein für Socialpolitik seine Erhebungen auf ihr Gebiet ausdehne, während der sächsische Eisenbahnminister dem Prof. Philippowicz das größte Entgegenkommen in Aussicht gestellt und ihm sogar einen Beamten zur Verfügung gestellt hat, der in Gemeinschaft mit dem vom Verein für Socialpolitik bestellten Referenten die Fragebogen ausarbeiten hat. Es ist aber nicht bekannt geworden, daß dadurch in Oesterreich die Disziplin gefährdet wird.

Interessant wäre es noch, die Meinung des Reichs-Eisenbahnministers über die auf eine Centralisation der Eisenbahnverwaltungen gerichteten Bestrebungen zu hören. Gewisse Vorteile einer solchen Zusammenfassung der Bahnverwaltungen wären ja nicht zu verkennen. So würde man z. B. nicht mehr das württembergische Gebiet umgeben, sondern die gegebene direkte Linie wählen. Preußen hat aber durchaus keine Veranlassung, auf eine solche Centralisation zu drängen, es kann warten. Ich bitte speziell auch den preussischen Ministerpräsidenten, sich meiner Forderungen einer Tarifreform anzunehmen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Gasse (natl.): Bezüglich der Reform in Sachsen kann ich dem Herrn Vorredner durchaus beitreten, es ist lediglich eine Reform im föderalistischen Interesse. Dagegen kann ich seinen Ausführungen über das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter nicht beitreten. Nach der Gewerbe-Ordnung sind die Eisenbahnarbeiter nicht mit dem Koalitionsrecht ausgestattet wie andre Arbeiter.

Präsident des Eisenbahn-Amtes Dr. Schulz: Herr Dr. Baumbach erwähnte die auf Centralisation des deutschen Eisenbahnwesens gerichteten Bestrebungen. Diese Frage ist im Lauf und es ist am besten, wenn man die Entscheidung abwartet. Sie wird nicht schnell sein, aber sie wird hoffentlich zu einem gedeihlichen Ziele führen. — In Bezug auf die Einigkeit des Vereins für Socialpolitik hat Herr Badde sich bereits geäußert, ich fühle mich nicht veranlaßt, auch meinerseits darauf einzugehen. Was die Frage des Koalitionsrechts der Eisenbahnarbeiter betrifft, so habe ich früher bereits mehrfach erklärt, daß das Reichs-Eisenbahn-Amt sich um das Verhältnis der Eisenbahn-Verwaltungen zu ihren Beamten und Arbeitern nicht kümmert und nicht befaßt ist, sich darum zu kümmern. (Sehr richtig! rechts.) Vom Interesse der Landesverteidigung aus, für das das Reichs-Eisenbahn-Amt vor allem zu sorgen hat, kann ich es aber nur begrüssen, wenn eine zwar wohlwollende, aber strenge Disziplin bei den Eisenbahn-Verwaltungen herrscht. (Wieder! rechts.)

Abg. v. Kardorff (Sp.): Mit der letzten Aeußerung des Herrn Vorredners bin ich durchaus einverstanden, ebenso wie mit den Ausführungen des Herrn Badde über das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Ich weiß nicht, ob Herr Baumbach es für einen idealen Zustand hält, wie er jetzt in Holland besteht, wo der Verkehr auf einmal aufhört bei einem allgemeinen Streik. Strenge Disziplin ist gerade bei der Eisenbahn am allerunvermeidlichsten. Im Interesse der Finanzen wäre es sehr erwünscht, wenn eine Reichs-Steuerpflaster auf Fahrkarten eingeführt würde in der Höhe von 10 Proz. für die erste Klasse, 5 Proz. für die zweite Klasse und 1 Proz. für die dritte Klasse. Eine solche Steuer würde 25—30 Millionen Mark einbringen und es würden eine Anzahl Ausländer diese Steuer mittragen. Was dagegen die Gütertarife anbetrifft, so ist hier eine Ermäßigung in vielen Punkten durchaus angebracht.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.):

Der Vorschlag einer Fahrkartensteuer hat uns jetzt vor den Wahlen gerade noch gefehlt. Die Wähler werden Ihnen darauf die Antwort geben, Herr v. Kardorff! (Abg. v. Kardorff ruft: Das ist mir ganz egal! Heiterkeit rechts.) Die Herren Agrarier halten ja von dem ganzen Eisenbahnverkehr nichts. Sie wollen den Städtern am liebsten alle Verkehrsverleiderungen nehmen. Herr v. Kardorff ist ein aufgeregter Gemütskranke. (Große Heiterkeit.) Er will Herabsetzungen der Gütertarife, aber nicht der Personentarife. Da kommt der agrarische Pferdefuß deutlich zum Vorschein. (Sehr gut! links.)

Die Ernennung eines neuen preussischen Eisenbahnministers erscheint uns als der beste Anlaß, um unsere Forderung einer Tarifreform wieder vorzubringen. Wie sollen besonders die Vertreter der kleinen Bundesstaaten, deren Bahnen von den preussischen aufgegeben sind, ihre Beschwerden vorbringen, wenn nicht hier im Reichstage?

(Zurufe rechts: Ueberhaupt nicht!) Das ist Ihr Standpunkt!

Ich beklage es sehr, daß es der preussische Eisenbahnminister nicht für die Sache wert gehalten hat, bei diesem Etat hier zu erscheinen. (Beifall Zustimmung links.) Abg. Fischer-Berlin (Soz.) ruft: Im Landtag ist's leichter! Ich erwarte, daß die reaktionäre Eisenbahnpolitik Sachsens von den andern Eisenbahnverwaltungen nicht nachgeahmt werden wird.

Die thüringische Bevölkerung insbesondere hat unter der Politik der preussischen Eisenbahnverwaltung schwer zu leiden. Man hofft in Thüringen von dem neuen preussischen Eisenbahnminister, daß er die Beschwerden wenigstens teilweise abstelle. Dem Fleiße und der industriellen Mäßigkeit der thüringischen Bevölkerung entsprechen die dortigen Verkehrsverhältnisse in keiner Weise. Sollen Sie in Thüringen billige Bahnen, dann wird dort das Gewerbe neu aufblühen und die Armut zurückgehen!

Präsident des Reichs-Eisenbahn-Amtes Dr. Schulz: Die Wünsche des Vorredners waren doch hauptsächlich an die Adresse des preussischen Eisenbahnministers gerichtet. Die Verhältnisse auf der Berrabahn haben sich gebessert. Dazu, daß der preussische Eisenbahnminister diesen Verhandlungen beizuhelfen, scheint mir keine Veranlassung vorzuliegen. Der preussische Eisenbahn-Etat ist in der vorigen Woche im preussischen Abgeordnetenhause verhandelt worden.

Abg. Stolle (Soz.):

Wir haben durchaus das Recht, hier über alle Angelegenheiten der Verkehrssicherheit, des Tarifwesens usw. zu sprechen. Ich habe schon vor einiger Zeit auf die lange Arbeitszeit der Eisenbahnbeamten und die große Zahl der Unglücksfälle hingewiesen. Aus den amtlichen Mitteilungen geht nun hervor, daß auf 1000 versicherte Eisenbahn-Angestellte im Eisenbahn-Direktionsbezirk Berlin 11,9 Verletzte kommen, im Eisenbahn-Direktionsbezirk Danzig 9,40, in Elberfeld 9,39, in Königsberg 9,26, zusammen in allen preussischen Eisenbahn-Direktionsbezirken im Durchschnitt auf 1000 Versicherte mehr als 9 verletzte Personen. Diese Ziffer der Unfälle übersteigt sogar die Unfallzahl im Bau-Gewerbe! Im Königreich Sachsen kommen auf 1000 versicherte Personen nur 4,57 Verletzte, in Württemberg 4,36, in Baden 3,17. Worin liegt dieser gewaltige Unterschied? Warum hat die Berliner Presse, die doch sonst mit der Lenkte der Erkenntnis in jeden Winkel hineinleuchtet, noch nicht auf die ungeheure Zahl der Unfälle im Eisenbahn-Direktionsbezirk Berlin hingewiesen? Ist es nicht unerhört, wenn in einem Jahre allein innerhalb der Berliner Betriebsverwaltung mehr als 2000 Angestellte zu Krüppeln gemacht werden? Hier muß Wandel geschaffen werden, wenn nicht seitens des preussischen Eisenbahnministers, so seitens des Reichs-Eisenbahn-Amtes! (Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Die Zahl der Unglücksfälle hat von Jahr zu Jahr horrend zugenommen.

Zur Sicherheit der Eisenbahn gehört in erster Linie, daß die Beamten ihren Beruf mit Freude erfüllen können und ihre Rechte nicht gefährdet wissen. Das ist aber bei den heutigen Verhältnissen in Preußen gar nicht mehr möglich. Die letzten Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhause haben deutlich gezeigt, woher der Wind weht. Ich bin erstauut über den Aufwand von Schnelligkeit, den ein erst wenige Monate im Amte befindlicher Minister gegenüber seinen Arbeitern zur Schau trägt. Den Eisenbahnarbeitern ist nach der Gewerbe-Ordnung das Koalitionsrecht garantiert. Der Minister aber verweigert es ihnen und zwar mit dem direkten Hinweis auf die Socialdemokratie, die den Betrieb untergrabe, und auf den Hamburger Verband. Dieser Verband hat nach der Gewerbe-Ordnung das Recht, Angelegenheiten seines Berufs zu besprechen. Im § 1 der vom Minister erlassenen Dienstvorschrift heißt es, daß Arbeiter sich nicht beteiligen dürfen an ordnungswidrigen Bestrebungen. Was versteht man darunter? Bei uns in Sachsen nennt sich die Koalition der Rechtsparteien bis zu den Nationalliberalen hinab (Auch bei den Nationalliberalen: Hinab? Heiterkeit.) Ordnungsparteien. Die Freisinnigen gehören nicht zu dieser Koalition. Wird ein Eisenbahner, der einem freisinnigen Verein angehört, entlassen? Laut Artikel III dieser Dienstvorschrift sollen sich die Arbeiter nicht einmal gemeinschaftlich besprechen können. Durch diesen Artikel III wird der § 152 der Gewerbe-Ordnung geradezu erhaben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Was hat denn der Hamburger Verband verbrochen, daß gerade er auf die Proscriptionsliste gesetzt wird. Er hat bis heutigen Tages allein die Rechte der Eisenbahn-Arbeiter zu wahren gesucht. Hat er etwa jemals versucht, einen Streik zu incitieren? Und ist es nicht bekannt, daß auch organisierte Arbeiter sich wohl scheuen, leichtsinnige Streiks herauszubekommen? (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Ich habe früher häufig Beschwerden vorgebracht über die zu lange Arbeitszeit der Eisenbahnarbeiter, über die mangelhaften Materialien und über die schlechte Einrichtung der Baracken usw. Ich habe hier eine amtliche Bekanntmachung vom 23. Februar 1902 aus dem Eisenbahn-Direktionsbezirk Halle. Darin wird festgestellt, daß die Räume, in denen das Ingeronnel übernachtete, bei der Revision teilweise in sehr unansehnlichem Zustande befunden wurde. Die Fensterhebeln waren zum Teil zerbrochen — und das im Winter bei starker Kälte. Die Herren auf der Rechten sorgen wohl dafür, daß in ihren Stuben zerbrochene Fenster zurecht gemacht werden, damit die Kälte nicht krank werden. Aber die Eisenbahn-Direktion sorgt nicht dafür, daß die Arbeiter nicht in Räumen mit zerbrochenen Fenstern übernachteten müssen. Vielfach fehlten Stühle, oder Bänke, oder Dedern für die Britischen, und da sollen die Arbeiter und Lokomotivführer von ihrer schweren Anstrengung ausruhen. In mangelhaftem Zustande befanden sich auch die Wascheinrichtungen; die Lampenabnehmer waren seit langer Zeit nicht mehr geputzt. Wo bleibt das Reichs-Versicherungsamt, wenn derartige Zustände durch einen amtlichen Erfah bestätigt werden?

Rebner geht des weitern auf die sächsische Tarifreform ein. Während die sächsische Eisenbahnverwaltung bei einer früheren Tarifermäßigung die Erfahrung gemacht hatte, daß sich der Verkehr um 100 Proz. gesteigert hatte, also die Herabsetzung der Tarife eine Mehrernte gebracht hatte, hat sie in diesem Jahre eine Erhöhung der Tarife vorgeschlagen, die besonders für die Geschäftsleute und Arbeiter, die viel reisen müssen, sehr ungünstig ist. Zu ihrer Entschädigung führt die sächsische Eisenbahnverwaltung an, sie müsse ihre Rente erhöhen. Das hat sie aber nur nötig, weil sie nicht genügend Energie in dem sächsisch-preussischen Eisenbahnkriege gezeigt hat.

Das Bestehen dieses Eisenbahnkriege, das früher stets gelugnet wurde, besonders auch von dem sächsischen Grafen Hohenhausen, wird jetzt sogar von dem „Völkisch-Deutschen Anzeiger“, einem streng konservativen Blatte zugegeben, und wenn selbst Herr Gasse den Mut fand, von einem sächsischen Eisenbahnkriege zu sprechen, so müssen die Dinge wirklich sehr schlimm liegen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Kommt es doch vor, daß Waren wie Butter, Schmalz 8 Tage lang liegen gelassen werden, bis sie in verderbtem Zustande an ihren Bestimmungsort gelangen. Das Reichs-Eisenbahnamt hat die Verpflichtung für einen guten Durchgangsverkehr der Waren durch die verschiedenen Eisenbahn-Verwaltungen zu sorgen. — Der Minister Badde nimmt seinen Arbeitern nicht nur das Koalitionsrecht, er verweigert ihnen auch, sich an Gewerkschaften zu beteiligen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Eisenbahnarbeiter, die Mitglieder eines Konsumvereins waren, dessen Leitung sich in socialdemokratischen Händen befand, wurden gezwungen, ihre Mitgliedschaft zu kündigen, und ein Eisenbahnarbeiter, der Mitglied des Aufsichtsrats dieses Konsumvereins war, wurde entlassen, obwohl er zwanzig Jahre im Eisenbahndienst gestanden hatte. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wo bleibt da das gleiche Recht für alle? Kann man etwa den socialdemokratischen Arbeitern vorwerfen, daß sie ihre Berufspflichten nicht erfüllen? Im Gegenteil, gerade die socialdemokratischen

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 4. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Louise.
Schauspielhaus. König Laurin.
Neues Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Roma Banna.
Berliner. Die Lärm um Nichts.
Leffing. Der blinde Passagier.
Neues. Erdgeist.
Westens. Zutti (Loute).
Westen. Habona Duncan. Chopin-Abend.

Central. Gräfin Pepi.
Thalia. Der Camellien-Onkel.
Belle-Alliance. Gr. Hierauf: Die Dame aus Trouville.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater). Wohlthätige Frauen.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater). Das zweite Gesicht.
Carl Weiss. Das Jungfernstift.
Buntes. Winterhof. Der Irtzquidig?
Leisen. Der Postillon von Lonjumeau.

Kleines. Nachtasyl.
Trianon. Die Rotbrücke.
Metropol. Reueles! Alternestest!
Casino. Berliner Herzen.
Apollo. Spezialitäten. Frau Luna.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Steidl. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten.
Palast. Berliner Luft. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Durch Wald und Flur.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater

Heute abend 7 1/2 Uhr:
Gastsp. d. Wiener Operetten-Gesellsch.
Gräfin Pepi.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Morgen u. folgende Abende 7 1/2 Uhr:
Gräfin Pepi. — Sonntagabend.
3 Uhr: Das Mädchen von der Hellsarmee.

Thalia-Theater.

Dresdenerstraße 72/73.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Camellien-Onkel.
Morgen und folgende Tage: Der Camellien-Onkel.
Sonntagabend 3 Uhr: Der Pariser Taugenichts. Hierauf: Ich heirate meine Tochter.

Luisen-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Gastspiel des Opern-Theaters des Westens:
Der Postillon von Lonjumeau.
Komische Oper in 3 Akten v. H. Adam.
Donnerstag: Der Fall Clémenceau.
Freitag: Benefiz für B. Kreuzsündli.
Zum erstenmal: Preciosa.
Sonntagabend: Die Raschimbauer von Berlin.

Residenz-Theater

Direktion: Sigmund Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Lutti (Loute).
Schwank in 4 Akten von Pierre Weber.
Deutsch von Max Schman.
Morgen und folgende Tage: Lutti.
Sonntagabend 3 Uhr:
Sein Doppelgänger.

Apollo-Theater.

Heute Mittwoch
8 Uhr:
Frau Luna
mit dem elektrischem Ballett.
Um 9 1/2 Uhr: Die neuen Spezialitäten.
Novellas. Garganis. Rob. Steidl.
Um 10 1/2 Uhr:
American-Creole-Cake-Walkers.
Donnerstag: Makiris Hochzeit
mit dem sensationellen Spiceltrieb
und Harndins elektr. Ballett.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Zum letztenmal:

Die Räuber.

Schauspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
— Premiere: —
„Durch Wald und Flur“.
Wanderungen
eines Naturfreundes.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

Passage-Theater.

Anfang Sonnt. 3. Wochent. 5.
Ende 11 Uhr.
Sensation. sportliches Ereignis!
Boxkampf
des amerikanischen Meisterschaftsboxers Young Fitzsimmons und des austral. Preisboxers Jack Lewis. (Abends 10 Uhr.)
Bernhard Marx, Humorist.
Marie Werder, Soubrette.
Ganz Berlin zerbricht sich noch immer den Kopf über
AGA die schwabende Jungfrau.
14 erstklassige neue Nummern.

Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165.
Neu! „Der künstliche Mensch?“
Sensationelle Neuheit!
Intern. Reise-Theater.
Bildereyel. „Venedig“ m. Vortr.
Berliner Bilderbogen!
Der Untergang Berlins durch den Mont Pelé.
Die schöne Tälwirtsin Miss Karri.
Grammophon. Konzert. Kasperle-Theater von 11—1 u. 4—10 Uhr.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Nachtasyl.

Trianon-Theater.

Georgenstraße,
zwischen Friedrich- u. Unterstadtstraße.
Die Rotbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröfaz
und Francis de Croisset.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 3 Uhr: Die Liebesschaukel.

Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes!
Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von J. Freund.
Musik von Victor Holländer.
Emil Thomas a. G., Josef Josephi.
Henry Bender.
Frid Frid, Fl. Siding, Hans Reichsberg.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 7. März:
Letzter Metropol-Theater-Ball.

Buntes Theater.

Köpnickstrasse 68.
Anfang abends 8 Uhr.
Winterschlaf.
(Parkett 1,50 M.)

Casino-Theater

Lothringersstr. 37.
9 1/2 Uhr:
Berliner Herren.
Anfang Sonnt. 7 1/2 Uhr: Erste Liebe etc.
Dazu auftreten famill. Spezialitäten.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Jeden Tag:
Der schöne Max aus Franz-Buchholz.
Heute: Vordierfest.
Am Kaiser-Saal:
Norddeutsche Sänger und Tanz.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch abends 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.
Lustspiel in 4 Akten von Ad. L'Arronge.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Das zweite Gesicht.
Freitag abends 8 Uhr:
Das zweite Gesicht.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater).
Mittwoch abends 8 Uhr:
Das zweite Gesicht.
Lustspiel in 3 Akten v. D. Blumenthal.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.
Freitag abends 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.

Cirkus Schumann

Mittwoch, den 4. März 1903:
abends 7 1/2 Uhr:
Ausserordentlich gr. Vorstellung.
Equestrisches Riesenprogramm.
Internationaler Reiterkongress.
Die berühmten **Monstredress.**
des Dir. **Albert Schumann.**
Die
lustigen Heidelberger
Neu! im 2. Akt Neu!
Der Ausflug d. Studierenden überrascht durch einen
Wolkenbruchregen.
Carl Weiss-Theater.
Unter Mitwirkung d. Dir. Carl Weiss.
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinot.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagabend 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: **Prinz Diamant.**

Belle-Alliance-Theater.

Abends 7 1/2 Uhr:
„Er“.
Drama in einem Aufzuge.
Hierauf:
Die Dame aus Trouville.
Sanssouci.
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Solree:
Tanz-Kränzchen.
Gott ist dot.
Ein bengalischer Tiger.
Säle zu Festlichkeiten.

WINTERGARTEN

Vollständig
Neues Programm:
Humbert, Jongleur.
Harry Atkinson, Imitator.
Sho, die 4 Elemente.
Littke Carlson, Tanz-Humorist.
Arras-Duo, gymnast. Produktionen.
Miss Sidy Nirvana, Lebende Bilder.
Circling the Circle.
Annie Dirksen, Operetten-Sängerin.
Gabriela Junori, Pariser Soubrette.
Neues Ballett-Divertissement,
„Das Fest des Lucullus“
in 6 Bildern, darunter Cake Walk.
Der „Biograph“.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3
Special-Ausschank
der Berliner
Bockbrauerei.
Grosser Bock-Trübel.
Um 10 Uhr abends
Einzig Gambrianus
mit Gefolge.

Palast-Theater

Burgstraße 22. Früher: Bech-Palast.
Neu einstudiert!
8 1/2 Uhr:
Die Gräfin von der Nadel.
Lebensbild in 5 Akten v. Jacobsohn.
Das Elite-März-Programm.
Mary Ellys, Soubrette.
Hermann Norden, Humorist.
Thu Stoutons, eigenr. Pantom.
u. m.
Anf. 8 Uhr, Sonnt. 7 Uhr. Entree 50 Pf.

Bur Probe! Beste Rasenmesser der Welt!

empf. gegen Rasenmesser od. noch Rasen-
frei **Hammerfahr. Feder. Solingen.**
Schliffwerkstatt und Verkauf.
Diamantstahl-Rasenmesser 12. 8.—
desgl. **Silberstahl 12. 2.—** mit Einst.
Streichlinien mit
u. Kapf 0.50. Seite
0.25. Whigstein W.
2.50. Kompl. Rasen-
garnitur in seinem
Gut 12. 8.—
Katalog mit über
1000 Gegenständen, wie: Messer, Scheren,
Zerren, Eisen, Messen, Leber, Gold- u.
Silberwaren, erhält jeder franco, un-
sonst. Bitte um verlangen. Für Wieder-
verkäufer beste Bezugsquelle.
Rabdruck verboten.
Fritz Hammesfahr, Foche B. Solingen.

Wichtig für Dreher!

Praktische Anleitung für Dreher in
der Berechnung der Wechselläder.
In dem Buch erklärt ein Fach-
mann kurz und für jedermann ver-
ständlich die Berechnung der Wechsellä-
der. (In einigen Stunden zu er-
lernen.) 24065
Preis nur 1.50 Mark.
Zu beziehen d. Verlagsbuchhandlung
Joh. Ellguth in Rath-Düsseldorf.

Dr. Simmel, Prinzen-

Str. 41.
Specialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Vereinszimmer, 80 und 40 Personen, mit Pianino, für Gesangs-
vereine geeignet. 5532.
Carl Grosser, Dirksenstr. 39, I. Etage, an der
Stadtbahn (zwischen Koch- und
Kaiser-Wilhelmstr.) Telefon III Nr. 1813.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme
(Endstation der „Stern“-Dampfer)
Telephon: Grünau No. 39.
Inhaber: **Hermann Peter.**
Empfehle mein altes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Festland den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Küchenservice und Dampfheizung, Stegelbahnen, große Kaffeeküche.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten. 2000 Personen fassend.

Raucher Haas-Tabak



Specialität:
Berliner Shag hell
in 10 Pfg. Packeten
Hochfein im Geschmack u. Aroma.
ENGROS-NIEDERLAGE:
H. SALTZMANN
Berlin S. Luisenufer 3

PALMIN

ist anerkannt die
feinste Pflanzenbutter.
Palmin wird hergestellt aus ausgesuchten
Kokosnüssen und ist frei von jeglichem Geruch und
Geschmack. In der Verwendung beim Backen,
Braten und Kochen ist Palmin gleich vorzüglich
wie Butter, aber viel billiger als diese. Preis pro
Pfund 70 Pf. 440L*
Man achte genau auf die Original-Etikette
„PALMIN“; Nachahmungen sind oft wertlos.
Zu haben in Delikatessen-, Kolonialwaren- und
Buttergeschäften.

**Damen- und Mädchen-
Kostime, Saccos,
Röcke, Blusen etc.**
47. Wrangelstr. 47, part.
(Kein Laden.)
Hochbahnhof Schlesisch Thor.
Reste von Kammgarn,
Tuch, Seide etc.
Zuschnitt gratis!

Land 2 Mark
pro Bodeg. Abzahlung. Barzelle ca.
540 [Peter 300 M., Borori, nur
mündlich, verkauft Herrmann,
Blumenstraße 79. 25065

Baumaterialien
neue und gebrauchte jeder Art, wie
Kantholz, Bretter (neue Schal-
bretter pro qm von 45 Pf. an),
Latten (neue pro Meter v. 10 Pf. an),
Nachspanne (10 Stk. Rolle v. 1.50 Pf.
an), Leisten, Tüchlein, Fenster
Kottbuser Damm 22.

Credit. — 10 Mark —
Lieferung Anzüge,
Paletots
nach Maß.
Der Kasse allerbilligste Preise.
Der selbst Stoff hat v. 20 Pf. an.
J. Tomporowski, Schneidmstr.,
Prinzenstr. 55.

Steppdecken
kauft man am preis-
wertesten nur direkt
in der Fabrik 72 Wall-
straße 72, wo auch alte
Steppdecken aufgehoben werden.
E. Strohmandel, Berlin 14.
Zusätzlicher Preiskatalog gratis.

Die amüsanteste Unterhaltung im Gasthaus ist:

Springen wir'n Wurm aus?

Harmlos! Scherzhaft! Neu!

Gastwirte wollen sich gefl. wenden an: **A. Wurm, SO., Michaelkirchstrasse 20.** Telephon VII. 3745.

Lokales.

Wenn es dem Arbeiter schlecht geht,

Kriegen das bekanntlich auch noch verschiedene andre Bevölkerungskreise, die nicht zur Arbeiterklasse gerechnet zu werden pflegen und sich selber nicht dazu rechnen mögen, recht deutlich und manchmal sehr unangenehm zu spüren. Wer auf die Arbeiter als Konsumenten angewiesen ist, bemerkt in Zeiten des Arbeitsmangels und der Lohnherabsetzungen sehr bald mit banger Sorge, daß auch seine eignen Einnahmen sich verringern. Die kleinen Gewerbe- und Handeltreibenden, der Handwerker, der Materialwarenhändler, der Grünkrämhändler und so weiter, wissen ein trauriges Lied davon zu singen. Die letzten Jahre haben manchen von ihnen, der kurzfristig so lange mit den „Mittelstandsvettern“ um die Wette auf die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter geschimpft hatte, zu der Erkenntnis gebracht, daß es auch um ihn selber besser steht und seiner eignen Interessen in gleicher Weise zur Förderung gereicht, wenn die Arbeiter, die „begehrlich“ Geschaffenen, ausreichende Löhne bekommen und laustkräftig bleiben.

Eine Anerkennung des Notstandes, unter dem die Arbeiterbevölkerung bald mehr, bald weniger zu leiden hat, ist den der Arbeiterklasse feindlich gegenüberstehenden Gesellschaftsschichten schwer abzugewinnen. Aber wenn die bürgerlichen Kreise die Wirkungen des abgefeugneten Notstandes erst an der eignen Klasse zu merken anfangen, dann gestehen sie es ein, daß es dem Arbeiter schlecht geht, und fügen klagend hinzu, daß sie selber in Mitleidenschaft gezogen werden. Auch gewisse Behörden machen es nicht anders, z. B. die Berliner Gemeindebehörden. Wenn in den letzten Jahren die sozialdemokratischen Stadtverordneten auf die herrschende Arbeitslosigkeit und die wachsende Not der Arbeiterbevölkerung Berlins hinwiesen, dann belamen sie die Antwort zu hören, es sei bei weitem nicht so schlimm, die Arbeitslosigkeit sei ja in den Wintermonaten immer etwas größer, von einem außergewöhnlichen Notstand könne keine Rede sein. „Aber das wird Ende kam bald nach“, wie man zu sagen pflegt. Heute wissen wir aus zahlreichen amtlichen Äußerungen des Magistrats, aus den erst jetzt veröffentlichten Verwaltungsberichten über die letzten Jahre, aus den neuen Etats der verschiedensten Verwaltungszweige, daß der Magistrat die Arbeitslosigkeit und ihre Wirkungen rückhaltlos anerkennt — sobald er die Verminderung der städtischen Einnahmen und die Vermehrung der städtischen Ausgaben begründen muß.

Das neueste Beispiel finden wir in dem dieser Tage erschienenen Verwaltungsbericht über die städtischen Bade-Anstalten. Die Volks-Bade-Anstalt an der Schillingstraße hat in der Zeit vom April 1901 bis zum April 1902 zum erstenmal seit ihrem Bestehen, also seit neun Jahren, einen Rückgang des Besuches zu verzeichnen gehabt. Der Bericht erklärt das aus mehreren Ursachen, u. a. aus dem „wirtschaftlichen Niedergang“, von dem die industriellen Arbeiter, die einen bedeutenden Teil des Besucherkreises der Anstalt bilden, besonders betroffen würden“. In der That gehört bei der unermittelten Bevölkerung die Körperpflege ebenso wie die geistige Erholung mit zu dem ersten, was bei einer Einkommensverminderung als „Luxus“ betrachtet und eingeschränkt zu werden pflegt, während an den Ausgaben für Wohnung, Kleidung, Nahrung erst in zweiter und dritter Linie gespart wird. Deshalb ist die Erklärung, die der Bericht giebt, durchaus glaubhaft, und es mag (was der Bericht nicht hervorhebt) mit auf dieselbe Ursache zurückzuführen sein, daß bei der Anstalt in der Turnstraße die Steigerung der Besucherzahl, die hier noch eingetretet ist, nicht mehr so stark war wie im vorhergehenden Jahre. Auch der Besuch der neu eröffneten Volks-Bade-Anstalten ist vorläufig nicht so stark gewesen, wie man es gewünscht und erwartet hatte. Etwas Aehnliches wie bei den Volks-Bade-Anstalten hat sich bei den Fuß-Bade-Anstalten gezeigt. Hier haben sich die frei badenden Besucher vermehrt, aber die zahlenden vermindert.

In der letzten Sitzung des städtischen Staatsausschusses, der abermals unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzers Dr. Langenhans im großen Sitzungssaale des Rathhauses tagte, wurde der Etat für die städtischen Wasserwerke mit der Änderung angenommen, die Einnahmen aus dem Wasserverkauf um 110 000 M. zu erhöhen. Der Etat 40 (verschiedene Einnahmen und Ausgaben) wurde in zweiter Lesung festgestellt. 10 000 M. wurden mehr eingestellt für den Empfang der Mitglieder des V. internationalen Chemie-Kongresses im Rathaus. Von dem Dispositionsfonds für unvorhergesehene Ausgaben (800 000 M.) hat der Ausschuss 300 000 M. gefürchtet, weil dieser Fonds in den letzten Jahren nie aufgebraucht worden ist. Die in der vorletzten Sitzung zurückgestellten Etats für Armenwesen und Gemeinde-Friedhöfe wurden in zweiter Lesung genehmigt, nachdem der Entwurf einer neuen Gebühren-Ordnung für die Berliner Gemeinde-Friedhöfe die Billigung des Ausschusses gefunden hatte. Ferner wurden die Etats für die Volksbibliotheken und Velehallen, für das Berliner Gewerbegericht, das Statistische Amt und Märkische Provinzial-Museum in zweiter Lesung vom Ausschuss angenommen. Zu bemerken ist hier, daß für zwei vom 1. Oktober 1903 ab zu engagierende Wissenschaftler und einen Präparator 4600 M. mehr angefordert wurden. Beim Statistischen Amt sind 5410 M. mehr eingestellt für Hilfskräfte, Druckkosten usw.

Nardenkötters Flucht. In dem gut saatterhaltenden „Tag“ vom 27. Februar er. stand eine die preussische Justiz so unglücklich belastende Geschichte, daß wir Bedauern tragen, sie in unsrer Blatte zu wiederholen. Nachdem jetzt indessen uns von glaubwürdigster und sachkundiger Seite weiteres Material zugetragen worden ist, welches sich im wesentlichen mit jener Notiz in „Tag“ deckt, halten wir uns für verpflichtet, unsern Lesern die Sache bekannt zu geben.

Nachdem der Gerichtshof den Nardenkötter, der ein Jahres-einkommen von gegen 100 000 M. hatte, gegen eine Kaution von 15 000 M. in Freiheit gelassen hatte, teilte die Ehefrau des Angeklagten einem guten Bekannten, dem Dr. K., mit, daß ihr Mann bereits ein Billet nach London gelöst habe und sich alsbald dorthin flüchten würde. Der betreffende Herr und ein Verwandter, dem er es weiter erzählte, fühlten sich in ihrem Gewissen beschwert und begaben sich in ein Polizeirevierbureau, wahrscheinlich in ihrer Unkenntnis der preussischen Zuständigkeitsregeln in das nächste, woelbst sie die bevorstehende Flucht mitteilten. Der wachhabende Beamte indessen gab ihnen die verblüffende Antwort, daß ihn das nichts anginge! Die Herren fuhren darauf zu dem Staatsanwalt, der die Verhandlung in der Sache Nardenkötter leitete — also dem zweifellos „kompetenten“ Organ der preussischen Justiz. Sie hatten indessen ganz übersehen, daß es inzwischen schon Nacht geworden war und daß jetzt — keine Bureau-Stunde war. Der Staatsanwalt erklärte ihnen jedenfalls, daß er jetzt in der Nacht — es war gegen 11 oder 12 Uhr — doch nichts machen könnte, dagegen würde er den Herren am andern Vormittage auf dem Gericht in seinem Bureau zur Verfügung stehen! (Hierzu möge bemerkt sein, daß nach der Strafprozeß-Ordnung ein Staatsanwalt sowie jeder Polizeibeamte befugt ist, in einem derartigen Fluchtfalle sogar selbst den Fluchtverdächtigen vorläufig festzunehmen.)

Einer der Herren, unermüdlicher als die Organe der Rechts-pflege, begab sich in der That nochmals am andern Vormittage zu dem Staatsanwalt. Derselbe erklärte ihm jedoch, daß, wie er fest-gestellt, Nardenkötter noch in seiner Wohnung sei! Das stimmte — und mit einem der nächstenzüge fuhr Herr Nardenkötter nach London.

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung des Stadtkreises Berlin hat als ärztliche Sachverständige, welche zu den Sitzungen zuzuziehen sind, für das laufende Jahr gewählt: 1. den Kreisarzt Geheimen Medizinalrat Dr. Weder, Snelienaustr. 99; 2. den Kreisarzt Geheimen Medizinalrat Dr. Kollm, Marfilustra. 17; 3. den Kreisarzt Medizinalrat Dr. Stiller, Invalidenstr. 91; 4. den praktischen Arzt Sanitätsrat Dr. Adler, Rogstr. 90; 5. den praktischen Arzt Dr. Wagner, Hohenstaufenstr. 36.

Berlin und die Charité. In der gestrigen Sitzung der Budget-kommission wurde angeregt, die Stadt Berlin zur Er-stattung der Unkosten für den Unterhalt der Charité heranzuziehen, da die Gemeinde ja den Unterhalt eines großen Stranienhauses erspare. Von einem Mitglied der Rechten wurde verlangt, daß man überhaupt die Stadt Berlin für die großen Vorteile, die sie durch Errichtung staatlicher Gebäude in ihrem Weich-bilde ohne Gegenwert erhält, zu besonderen Aufgaben an die Staats-lasse, eventuell an dem Wege eines Spezialgesetzes heranzuziehen sollen. Demgegenüber wurde von anderer Seite betont, daß doch die Stadt Berlin auch lästige Beschränkungen sich gefallen lassen müsse, weil sie Hauptstadt und Residenzstadt sei. Es wäre ungerade, ihr Lasten aufzuerlegen für Bauten, auf deren Errichtung sie nicht einwirken könne. Das Verkehrsleben von Berlin werde vielfach gerade durch die staatlichen Bauten beinträchtigt, die mitten in die Weltstadt hineingelegt würden. So weit angängig möge man staatliche Gebäude an die Peripherie hinausziehen, z. B. das Patentamt und das Reichsmarineamt. Die Regierung erklärte sich mit der Anregung, Berlin zu erhöhten Aufgaben heranzuziehen, durchaus einverstanden. Es schwebten schon Erwägungen darüber zwischen den beteiligten Ressorts. Für die Charité eine solche Vertragsleistung zu verlangen, sei jetzt schon die Zeit gekommen.

Es ist sowohl bei der Regierung als bei der konservativen Partei Grundsat, Berlin soviel an Lasten aufzubürden als nur irgend angängig. Läßt sich eine solche Belastung auf normalem Wege trotz aller Pinesen nicht erreichen, dann muß eben ein besonderes Spezialgesetz geschaffen werden.

Leistungskarten. Der Vorstand der Landesversicherungs-Anstalt Berlin giebt folgendes bekannt:

Obwohl die Leistungskarte eine Belehrung über die Art der Entwertung von Beitragsmarken enthält, kommen immer noch zahlreiche Fälle unrichtiger Entwertung zur Kenntnis der Behörden. Die vorgeschriebene Einbehaltung und Erneuerung der Leistungskarten, die solche Marken aufweisen, verursacht den Vetheiligten Weitaufgängen und Zeitverlust; hierzu kommt die drohende Bestrafung der Schuldigen.

Wir nehmen daher Veranlassung, auf die diesbezüglichen Ver-schriften im Auszug nochmals aufmerksam zu machen.

- 1. Arbeitgeber und Versicherte, welche Marken in die Leistungskarten einstecken, sind zur Entwertung dieser Marken, so weit sie nur für eine Woche gelten, befugt, so weit sie aber für mehr als eine Woche gelten, verpflichtet.
2. Die Entwertung darf nur in der Weise erfolgen, daß auf den einzelnen Marken handschriftlich oder durch Stempel der Ent-wertungstag, z. B. für den 15. März 1900 „15. 3. 00“ oder für den 10. Februar 1901 „10. 2. 01“ deutlich angegeben wird. Zur Entwertung ist Tinte oder ein ähnlicher festhaftender Farbstoff zu verwenden.
3. Bei der Entwertung dürfen die Wochenbeiträge nicht un-tentlich gemacht werden, insbesondere müssen der Geldwert, die Lohnklasse und der Name der Versicherungsanstalt ersichtlich bleiben.
4. Wer den vorstehenden Anordnungen... zuwiderhandelt, kann für jeden Fall, sofern nicht nach andern Vorschriften eine höhere Strafe verordnet ist, von der unteren Verwaltungs-behörde... mit einer Ordnungsstrafe bis zu zwanzig Mark belegt werden.

Zwischenhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden von der Abteilung für Invaliditäts- und Altersversicherungs-sachen (Magistrat) mit empfindlicheren Geldstrafen als bisher belegt werden.

Vom Mischkrieg. Der Abg. Kling-Düppel, Graf v. d. Schulenburg und noch elf andre Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates der Misch-Centrale hatten, wie derzeit gemeldet wurde, gegen den Reichsanwalt Dr. Flatau eine Beleidigungsklage angestrengt über Äußerungen, die der Beklagte in einer Versammlung gethan haben sollte. Das Schöffengericht hatte die Eröffnung des Haupt-verfahrens abgelehnt mit der Begründung, daß die von Dr. Flatau wirklich gethanen Äußerungen zwar objektiv einen beleidigenden Inhalt haben, aber zur Wahrung berechtigter Interessen dienen und deshalb straflos seien. Die von den Klägern erhobene Beleidigung ist vom Landgericht abgelehnt und das Verfahren nunmehr ein-gestellt worden.

Weissen Sklavenhändlern entrisen wurde eine junge Französin, welche auf der Durchreise von Paris nach Warschau Berlin berührte. Das deutsche Nationalkomitee zur Verhinderung des Mädchenhandels hat die Bahnhofsbehörden vor einiger Zeit gebeten, unter ver-dächtigen Umständen reisenden weiblichen Personen ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Der Vorsteher des Fern-Bahnhofs Friedrichstraße bemerkte vor kurzem in einem von Köln kommenden Zuge ein 18-jähriges Mädchen, welches sich auf der Durchreise nach Warschau befand. Er hielt die Betreffende, die nur der französischen Sprache mächtig war, an und erfuhr nur, daß das hübsche Mädchen durch ein fran-zösisches Vermittlungs-Bureau eine Stelle als Gouvernante bei einer Baronin in Warschau erhalten hatte. Die junge Französin wurde nun nach dem Bureau des deutschen Nationalkomitees in der Schillerstr. 12 gebracht, wo man zunächst feststellte, daß der in Händen der „Gouvernante“ befindliche Vertrag völlig wertlos war. Durch Nachfrage in Warschau wurde fernerhin ermittelt, daß die angebliche Baronin ebenfalls eine Stellenvermittlung inne habe und daß die junge Französin weiter nichts als „Ware“ bilden sollte. Die Pariserin erhielt durch Vermittlung des Komitees Stellung bei einem medienburgischen Gutbesitzer. — Schon vor einigen Wochen wurden 6 junge Pariserinnen, die ebenfalls als „Ware“ nach Pöhl-land geschickt werden sollten, auf Veranlassung des deutschen Nationalkomitees in Köln angehalten und aus den Händen der Seelenverkäufer befreit.

Zur Warnung für Unzuführer. Verhaftet wurde gestern abend der am 10. März 1871 zu Berlin geborene, Bornsdorferstraße 35 wohnhafte Arbeiter Paul Säulz, der die Feuerwehr unbefugter-weise nach der Koppensstraße 72 gerufen hatte.

Der Vorstand des Rabatt-Spar-Bereins „Norden“ schickte eine Zuschrift, in welcher er die Richtigkeit der über den Verein in einer Versammlung des Vereins der Gewerbetreibenden aufgestellten Behauptungen bestritt. Das Mitglied fürber sei aus dem Verein ausgeschlossen worden, weil er Unwahrheiten über den Vorstand verbreitet habe, um den Verein zu schädigen. Die Kassenevisionen würden jährlich circa sechsmal ohne vorherige Anmeldung statt. Die 17 000 M. diverse Ausgaben können nicht dem Vorstand zu gute, sondern setzten sich zusammen aus Handlungs- und technischen Un-kosten. Der Vorstand habe somit nicht 25 000 M., sondern nur 8000 M. erhalten. Auch sei die Generalversammlung drei Tage vorher in der „Morgenpost“ angezeigt worden.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagnachmittag 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Berichterstattung des Staats-Ausschusses, — Berichterstattung über die Vorlage betr. den Vorentwurf zum Neubau des Andreas-Realgymnasiums auf dem Grundstücke Koppensstraße 75/76, — über die Petition des Vereins der Schnittblumenhändler der Markthalle II um Anbringung einer Uhr in der dort befindlichen Schnittblumenhalle, — sowie über die Vorlage betr. die Einführung einer neuen Ver-sorgungsordnung für die Oberlehrer an den städtischen Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Real Schulen, Realschulen und höheren Mädchenschulen, die Anrechnung des vollen Wohnungsgeldzuschusses für die Lehrer, Oberlehrer, ordentlichen Lehrer und Lehrerinnen der genannten Lehranstalten, sowie der Blinden- und Taubstummenschule bei Verrechnung der Ruhegehälter und die Erhöhung des Schulgeldes für die Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Real Schulen und höheren Mädchenschulen und für die auswärtigen Schüler der Realschulen. — Vorlagen betreffend: den Vorentwurf zur Einrichtung des Ober-leitungsbetriebes an Stelle der unterirdischen Stromzuführung auf der Strecke der elektrischen Bahn Wehrentstraße bis Hollmannstraße — und die Festsetzung von Plankontingen für eine neue Straße auf dem Gelände der ehemaligen Maschinenbau-Anstalt E. Hoppe, Gartenstr. 9/12 und 13 und Bergstr. 72/73. — Sechs Rednungen. — Die Wahl von 10 Mitglieder-Stellvertretern für die Einkommensteuer-Berathung-Kommission.

Wegen einer gewaltigen Gasexplosion und Einsturz eines Hauses wurde am Dienstagnachmittag um 1/3 Uhr die Feuerwehr nach dem Stettiner Bahnhof gerufen. Als Brandinspektor Julius an der Unfallstätte in der Nähe des Fußgänger-Tunnels, der die Feldstraße mit der Schwarzloppstraße verbindet, mit mehreren Löscheinheiten ankam, bildete das zweistöckige Haus, dessen Rückseite an die Formerei der Maschinen-Fabrik und Eisen-gießerei-Kleingewerkschaft von Albert Jescow u. Comp. grenzt, einen Trümmerhaufen. Die stehengebliebenen Seitenmauern und Keller zeigten große Risse. Da sich unter den Trümmern noch Menschen befanden sollten, so wurde sofort mit den Rettungsarbeiten begonnen und der Polizeipräsident und Branddirektor Giersberg benachrichtigt. Dieser und der Geh. Ober-Regierungsrat Fried-heim in Vertretung des Polizeipräsidenten erschienen bald darauf. Die Feuerwehr holte mit vieler Mühe den verheirateten, 34 Jahre alten Schloffer F. Zimmermann, dessen Bruder ebenfalls dort während der Nachtzeit tätig ist, unter den Steinen aus dem Erdgesch. hervor. Der Mann war leblos und blutete im Gesicht, Verletzungen waren nicht zu erkennen. Herbei-geholt wurde auch Samariter bemähten sich, den Verunglückten mittels Sauerstoff wieder ins Leben zurückzuführen. Alle Bemühungen erwiesen sich aber vergeblich. Er wird demnächst erstickt sein. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht. Die weiteren Ar-beiten ergaben, daß weiter keine Menschenleben gefährdet waren; die Feuerwehr überließ deshalb die weiteren Entrümmungsarbeiten einer Kolonne Eisenbahnarbeitern. Außer dem Hause, das voll-ständig abgetragen werden muß, ist noch ein Eisenbahnwagen III. Klasse und die an dem Hause vorübergehende Telegraphenleitung beschädigt worden. Die Geleise waren in großer Entfernung mit Steinen und Holzteilen bedeckt. Die Entstehung der Explosion ist dunkel. Vermutlich ist die Leitung nicht dicht gewesen. Zimmermann war als Schloffer in der Werkstatt des Hauses mit Lötarbeiten beschäftigt und benutzte dazu Fettgas der Eisenbahn. Die Explosion war weitläufig hörbar. Anlässlich nahm man an, daß auch die Formerei von Jescow gelitten habe. Diese Beschädigung war aber grundlos. Sie ist ohne Schaden und die Eisenarbeiter der Fabrik sind mit dem Särdene davongelommen. Gegen Abend war die Unfallstätte von den Eisenbahn-Arbeitern aufgeräumt und die Geleise vollständig wieder frei; auch die Telegraphenleitungen waren schon wieder hergestellt. Von der Eisenbahn-Verwaltung wurde die Fettgasleitung natürlich sofort abgeperrt und eine Unter-suchung eingeleitet, die aber schwerlich viel ergeben wird, da der Einzige, der Auskunft geben könnte, tot ist.

Wegen Unterschlagung städtischer Armenelder verhaftet wurde durch die Kriminalpolizei der städtische Lehrer P. R. vom Blausfer. R. hatte vor vier Jahren die Führung der Geschäfte der 37. Armen-kommission übernommen. In seiner Eigenhaft als Armen-kommissions-Vorsitzer erhielt er von der städtischen Armenverwal-tung in bestimmten Perioden größere Geldbeträge zur Verteilung an Arme zugewiesen. In diesen Beträgen soll sich R. wiederholt ver-griffen und die Listen, in denen über die Verteilung der Armen-gelder Buch geführt wird, gefälscht haben, um seine Veruntreuungen zu verdecken. Schließlich wurden seine Verfehlungen durch ein andres Kommissionsmitglied offenbart. In diesen hatte sich eine unterstützungsbedürftige Person um eine Beihilfe gewandt, die ihr nach der gefälschten Liste bereits gewährt sein sollte. Eine Umfrage im Armenkommissions-Bezirk ergab, daß R. ähnliche Fälschungen in mehreren andren Fällen verübt hatte. Die Höhe und die Zahl seiner Unterschlagungen bedarf noch der Feststellung.

An Blutvergiftung gestorben ist die vierjährige Tochter Helene des Arbeiters Edent aus der Kammelsburgerstr. 7 zu Friedrichs-berg. Das Mädchen begleitete vor acht Tagen seine acht und sechs Jahre alten Brüder, die ein Palet wegbringen sollten. Als nun der Wind an der Ecke der Kammelsburgerstraße und der Franzfurter Allee die Wackeldecke von dem Palet wegwehte, ließ es dahinterher, um sie zu fassen. Hierbei wurde es von einem Straßendampfwagen der Linie Friedrichsberg-Spittelmarkt überfahren und am linken Knie und linken Arm verletzt. Da in die Arterienwunde Schmutz ge-raten war, so wollten die Ärzte, um die Verunglückte zu retten, im Krankenhaus am Friedrichshain das Bein abnehmen. Die Eltern widerlegten sich jedoch der Operation und die Folge war, daß das Kind einer Blutvergiftung erlag. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Eine internationale Hochstaplerin und Diebin, die auch in Berlin eine Gostrolle gab, ist jetzt in Osen-West verhaftet worden. Eine junge Dame, die sich bald Baronin Pellion von Blumenwald, bald Frei-frau von Nobel nannte, wußte durch ihre Schönheit und ihr feines Auftreten Lebemänner zu fesseln. Bürger und Offiziere gingen ihr ins Garn, in Dresden und Leipzig wie in Teplitz, Wien, Osen-West und Berlin. Zuletzt trat sie in Berlin auf. Im D-Buge hatte sie auf der Reise hierher einen reichen Norweger kennen gelernt. Mit diesem bezog sie im Centralhotel zwei Zimmer. Das Pärchen vergnügte sich in Berlin, bis der Norweger einmal gezwungen war, allein auszugehen. Nun stahl ihm die schöne Frau die Brieftasche mit 14 000 Kronen und machte sich aus dem Staube. Jetzt gelang es, die Diebin in Osen-West festzunehmen. Sie ist eine aus Wärdern gebürtige Karst Pellion und in Nieder-österreich wegen Schwindels schon mit Kerker bestraft.

Einen tödlichen Verlauf nahm ein schwerer Straßenbahn-Unfall, welcher sich gestern abend in der Blümlowstraße ereignete. Der 37-jährige Eisenbahn-Ingenieur Otto Teufcher, Durlacherstr. 11 in Bismarcksdorf wohnhaft, passierte zur genannten Zeit die Blümlowstraße, deren Fahrdamm er vor dem Hause Nr. 23 überfahren wollte. Zu derselben Zeit kam ein Straßenbahnzug der Linie 60 (Danzigerstraße-Schöneberg) herangefahren. Der Führer des Motor-wagens gab das Warnungssignal, worauf T., statt stehen zu bleiben, noch schnell vor dem Waggon die Geleise zu kreuzen suchte. Er wurde von der Vorderplattform des Kraftwagens 2112 erfasst, zu Boden geschleudert und geriet mit der linken Schulter unter den Seitenrahmen des Waggons. Dieser mußte mit Hilfe von Passanten angehoben werden, bevor es gelang, T. zu befreien. Der Ingenieur, welcher außer inneren Verletzungen auch einen Schädelbruch erlitten hatte, wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus in der Blümlowstraße gebracht, wo er drei Stunden nach der Einlieferung verstarb.

Wegen schweren Strafenraubes sind zwei Handwerker der Müllärwerkstätten in Spandau verhaftet worden. Der Ansd. Mondrey aus Dallgow war am 21. Februar nach Spandau

gekommen, um Einkäufe zu machen. Als er sich abends zum Bahnhof begeben wollte, trafen ihn die Schloffer Galluski und Wurdmann, die in der Artilleriewerkstatt und der Geschützgießerei beschäftigt waren, und luden ihn zu einem Glas Bier ein. Bei dieser Gelegenheit veräußerte der Knecht den Eisenbahnzug und mußte den Heimweg zu Fuß antreten. Die beiden Schloffer boten ihm für eine Strede ihre Begleitung an. Als sie spät abends außerhalb der Stadt angelangt waren, fielen die beiden über den Knecht her und raubten ihm die Taschenuhr und das Portemonnaie mit 15 Mark. Der eine von den Angreifern hielt ihm dabei einen geladenen Revolver vor die Brust und drohte, ihn auf der Stelle niederzuschießen, falls er sich zur Wehr setze. Auf die von dem Knecht erstattete Anzeige wurden die Räuber jetzt ermittelt. Die Uhr wurde noch bei dem einen vorgefunden. Beide sind Familienväter und waren schon seit einer Reihe von Jahren in den königlichen Fabriken beschäftigt.

Im Apollo-Theater brachte das März-Programm eine Reihe neuer Specialitäten. „Frau Luna“ hat freilich allmählich — trotz immer neuer Ausstattungs-Effekte — ihre Anziehungskraft verloren; auch die einschmeichelndsten Melodien kann man nicht ewig hören. Nur Steidl bleibt immer neu; sein köstlicher Humor in dem Hängeboden und im Frosch-Couplet und erst in seiner Mit-Duncan-Parodie wirkt unwiderstehlich. Die „indische“ Akrobaten-Familie The Nobello mit ihren Hunde- und Elefanten-Dressuren und den prächtigen Kinderproduktionen bilden ein amüßiges Gegenbild zu den halsbrecherischen Leistungen der kraftstrotzenden vier Garganis. Und dann fürs Auge das Tanz-Potpourri: erst die nette Parodie auf die Duncan-Tänze und dann der Gale-Walk; ein Beweis, wie weiter fort. „Gesellschaft“ aller Sinn für Schönheit und Grazie verloren gegangen ist; im Grunde ist es geradezu unbegreiflich, daß dieser Tanz Anklang finden kann — selbst wenn man die „Gesellschaft“ noch so tief einschätzt!

Im Casino-Theater in der Lothringersstraße wird jetzt ein neues Volksstück „Berliner Herzen“ gegeben. Die bewährten Theatermittel, die einem L'Arçonne und andern zu Ruhm und Geld verholfen haben, schlagen auch hier an, besonders wenn ihnen ein Schuß politischer Oppositionsstimmung beigegeben ist. In der „Ehrlichen Arbeit“ spielte die Arbeiter-Solidarität eine geschicklich angebrachte Rolle, in dem neuen Stück kommt der Afters-Patriotismus gehörig vor. Der bekannte reichgewordene Fabrikant angelt nach dem Kommerzienrats-Titel und läßt sich von vornehmen Schwindlern schröpfen, die weil seine braven Kinder und sein alter Kriegskamerad, das Geschäftsfaktum Krause, den Abschied erhalten. Und das alles, weil die Kinder nicht hoch hinaus wollen und der alte Krause seinen Arbeitgeber und Duzbruder wegen seiner dick aufgetragenen Begeisterung für das China-Abenteuer nach Gebühr verulket. Natürlich geht es den Verstoßenen glänzend in ihren Unternehmungen, während der verbohnte Vater ruiniert wird und vom Selbstmord am Schluß des Stückes durch eine wunderhübsche Familienscene gerettet werden muß. In dem flotten Spiel zeichnete sich wie immer Herr Direktor Berg als Charakterdarsteller aus; unter einigen gut angebrachten Couplets, die das Stück enthält, scheint das Lied von der Lust in Zegel ebenso berühmt zu werden, wie der bekannte Brunnenstraßen-Hymnus. Dem Volksstück geht ein kleiner Einakter „Erste Liebe“ voran sowie ein Specialitätenteil, in welchem der Signor Francardi sich in allen Fächern des Varietés, vom Vaudeville und Zauberkünstler bis zur Chansonette produziert.

Aus den Nachbarorten.

Friedenau. Der „Höchstkommandierende von Friedenau“, Amtsdienerr Kette, ist bis auf weiteres beurlaubt worden und hat die Uniform mit dem Zivilanzug vertauscht. Er will sich übrigens

bei dem Urteil nicht beruhigen und verspricht sich nach einem Lokal-Giatt, falls auch die Berufung ungünstig für ihn ausfallen sollte, alles Heil von der Gnade des Kaisers. Die Gemeinde hat nunmehr das Vergnügen, an zwei Beamte Gehalt zu zahlen, die ihr keine Dienste mehr leisten, denn auch der freiwillig abgegangene frühere Amts- und Gemeindevorsteher, Major Kömberg, soll sein Gehalt noch zwei Jahre lang erhalten.

Polizei-Inspektoren-Attentäter. Unter dem Verdacht, dem Polizei-Inspektor Hr. v. Meiß in Potsdam die Fenster eingeworfen zu haben, sind dort zwei Brauer verhaftet worden. Angeblich haben sie eingestanden, daß sie die Täter sind, und wollen aus reiner Zerwürfungsstout gehandelt haben, ohne zu wissen, wer dort wohnte. Das Haus Augustastr. 30, in dem der Polizei-Inspektor wohnt, liegt gegenüber der „Mühlenberggrötte“, einer Kneipe, aus der die Brauer gekommen waren.

Witterungsübersicht vom 3. März 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Temp. in Grad F.	Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Temp. in Grad F.
Swinemünde	743	SW	6	bedeckt	4	39	Saparanda	754	SW	2	bedeckt	-1	30
Hamburg	737	SW	4	Regen	5	41	Petersburg	761	SW	1	wolkig	-5	23
Berlin	742	SW	2	wolkig	5	41	Cort	749	SW	3	wolkig	7	45
Frankf./M.	739	SW	3	Regen	5	41	Aberdeen	—	—	—	—	—	
München	743	SW	—	bedeckt	3	37	Paris	741	SW	4	bedeckt	7	45
Wien	747	SW	—	halb hd.	3	37							

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 4. März 1903.

Ziemlich trübe, am Tage etwas kühler mit leichten Regenschauern und mäßigen südöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Bekanntmachung

Die bei dem

grossen Brande unsres Modewarenhauses

durch Feuer, Wasser und Rauch

teils sehr, teils unbedeutend beschädigten enormen **Warenvorräte** kommen vom Donnerstag, den 5. d. M., ab

zum vollständigen Ausverkauf.

Der Verkauf dauert

nur kurze Zeit!

Beschädigte Kleiderstoffe
 Beschädigte Seidenstoffe
 Beschädigte Baumwollwaren
 Beschädigte Leinenwaren
 Beschädigte Wäsche
 Beschädigte Trikotagen
 Beschädigte Wollwaren
 Beschädigte Kurzwaren
 Beschädigte Besätze

Beschädigte Blusen
 Beschädigte Kostümröcke
 Beschädigte Kostüme
 Beschädigte Kinderkleider
 Beschädigte Unterröcke
 Beschädigte Morgenröcke
 Beschädigte Schürzen
 Beschädigte Handschuhe
 Beschädigte Herrenartikel

Beschädigte Damenmäntel
 Beschädigte Kindermäntel
 Beschädigte Teppiche
 Beschädigte Gardinen
 Beschädigte Möbelstoffe
 Beschädigte Schuhwaren
 Beschädigte Putzartikel
 Beschädigte Schirme
 Beschädigte Futterstoffe

Die für die Frühjahrs-Saison neu angekauften Waren treffen jetzt täglich in grossen Mengen ein und müssen daher die beschädigten Waren in sehr kurzer Zeit geräumt sein. Es beeile sich jeder, diese seltene Gelegenheit wahrzunehmen.

Der Verkauf findet von 9-1 und von 3-8 Uhr statt.

Mode-Warenhaus Jacques Cohn

am Wedding, Müllerstr. 182-83, Ecke Sallerstrasse.